



**Parlamentssitzung 19. September 2011**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 22.00 Uhr

**Vorsitz** Ursula Wyss (Grüne)

<b>Anwesend</b>	Annemarie Berlinger-Staub (SP) Bernhard Bichsel (FDP) Christian Burren (parteilos) Heidi Eberhard (FDP) Liz Fischli-Giesser (Grüne) Martin Graber (SP) Philippe Guéra (BDP) Hermann Gysel (EVP) Beat Haari (FDP) Niklaus Hofer (SVP) Franziska Keller (BDP) Erica Kobel-Itten (FDP) Hanspeter Kohler (FDP) Daniel Krebs (SVP) Stefan Lehmann (SVP) Andreas Lanz (BDP) Patrik Locher (EVP)	Ruedi Lüthi (SP) Anna Mäder (SP) Urs Maibach (Grüne) Hans Moser (SVP) Heinz Nacht (SVP) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rüeeggsegger (SVP) Christoph Salzmann (SP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Barbara Thür (GLP) Markus Willi (SP) Ulrich Witschi (BDP) Rolf Zwahlen (EVP)
<b>Entschuldigt</b>	Mario Fedeli (SP) Thomas Frey (BDP) Verena Koshy (CVP)	Ronald Sonderegger (FDP) Thomas Verdun (SVP)
<b>Gemeinderat</b>	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP), Vizepräsident Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Urs Wilk (FDP)
<b>Sekretärin</b>	Verena Remund	
<b>Protokoll</b>	Ruth Spahr	

## Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. August 2011.....	224
2. Kommissionsersatzwahlen.....	224
3. Kommission für soziale Fragen - Aufhebung .....	224
4. 0905 Postulat (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung" .....	227
5. 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien" .....	229
6. 0913 Postulat (SP) "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern" .....	230
7. 0910 Postulat (jfk) "Kreiselsponsoring - Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)" .....	230
8. 1102 Motion (FDP. Die Liberalen Köniz) "Schuldenbremse" .....	232
9. 1103 Postulat (SP Köniz) "Informationsschrift für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund" .....	233
10. 01104 Motion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!" .....	237
11. Verschiedenes.....	242

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Als Erstes muss ich Ihnen leider das Rücktrittsschreiben von Daniel Krebs vorlesen:

"Geschätzte Parlamentspräsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats. Mit vorliegendem Schreiben erkläre ich den Rücktritt aus dem Gemeindeparlament Köniz per 30. September 2011. Nach zwölf Jahren Parlamentstätigkeit ist es an der Zeit, einer neuen frischen Kraft die Möglichkeit zu geben, sich politisch zu engagieren. Ich habe die Zeit im Parlament als reiche und spannende Erfahrung erlebt. Eindrücklich war für mich, dass trotz zum Teil heftigen emotionalen Diskussionen die Gesprächskultur sachlich, wenn manchmal auch etwas zu lang, geführt wurde. Beschäftigt hat mich vor allem das Wachstum von Köniz, das sich unaufhaltsam auf Kosten von wertvollem Kulturland weiterentwickelte. Oft stellte ich mir die Frage: Wann ist Köniz gross genug? Eine Antwort, so fürchte ich, wird es vermutlich keine geben. Ich danke allen Mitgliedern des Parlaments, des Gemeinderats und der Verwaltung für die vergangenen zwölf Jahre und wünsche weiterhin ein gutes Handling zum Wohle der Gemeinde Köniz. Der SVP-Fraktion möchte ich danken für die ausserordentliche Kollegialität und die gute Zusammenarbeit, die ich stets erfahren durfte. Daniel Krebs."

**Stefan Lehmann:** Daniel Krebs tritt aus dem Parlament zurück. Nach zwölf Jahren verlässt er nun die Legislative von Köniz. Er ist der "älteste" SVP-Parlamentarier und somit einer derjenigen, die bereits seit langem Parlamentsmitglied sind. Zwölf Jahre sind eine lange Zeit und es braucht Willen, Freude und Durchhaltevermögen, um an den unzähligen Sitzungen teilzunehmen. Daniel Krebs ist kein Blender und Schlagzeilenmacher, sondern ein ruhiger, fairer, gradliniger und konsequenter Politiker. Das hat er in verschiedensten Funktionen, z. B. als GPK-Mitglied oder als Mitglied der legendären "K2005", beweisen können. Auch für die SVP war er immer eine wichtige Stütze, so z. B. in einer schwierigen Zeit im Parteivorstand oder als Wahlkampfleiter für die Wahlen 2005. Als ehemaliger Spitzenschwinger verhielt er sich immer gemäss dem Credo dieses Sports: "Hart aber fair in der Sache, man gibt sich vor und nach dem Kampf die Hand und putzt dem unterlegenen Gegner das Sägemehl von der Schulter oder muss es sich selber abputzen lassen." Daniel, die SVP-Fraktion und die Parteileitung danken Dir herzlich für deinen langjährigen Einsatz im Könizer Parlament. In der Partei zählen wir weiterhin auf Dich und die politische Karriere ist vielleicht noch nicht ganz abgeschlossen, bist Du doch erster Ersatz auf der SVP-Liste für den Grossrat. Wer weiss, was noch kommen wird? Wir überreichen Dir ein kleines Geschenk, das Du an einem Abend geniessen kannst, wenn gerade keine Sitzung mehr ansteht. Vielen Dank. (*Applaus*)

Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Die Akten für die Sitzung haben Sie mit dem Versand vom 25. August 2011 erhalten und mit Nachversand vom 14. September 2011 das Protokoll der Sitzung vom 22. August 2011.

**Stephie Staub (SP):** Ich möchte zweimal grossen Dank aussprechen. Der erste Dank richtet sich an Parlamentspräsidentin Ursula Wyss. Im Namen von uns allen danke ich für den tollen Parlamentsausflug, den wir am 2. September 2011 geniessen durften. Nach einer interessanten Führung durch das Naturreservat Eichholz und einem feinen Apéro im Sahli-Huus, ging es zu Fuss, per Velo oder per Gurten-Bahn auf den Gurten, wo wir uns bei schönstem Wetter ein ausgiebiges Barbecue mit Dessert zu Gemüte führen lassen durften. Danke vielmals. Mein zweiter Dank richtet sich an Gemeinderätin Rita Haudenschild für die Durchführung der Feier zu 100 Jahre Wasserversorgung Köniz. Auch dieser Anlass war schön und interessant. Ich habe einen Vortrag besucht und eine Frau kennengelernt, die sich seit 30 Jahren in Brasilien für Kinder einsetzt, die auf der Schattenseite dieser Welt stehen. Diese Frau verfügt über ein äusserst grosses Netzwerk im Zusammenhang mit Wasser. In Brasilien wird damit begonnen, das Recht eines Menschen auf 20 bis 30 Liter Wasser in den Grundrechten zu verankern. Das will man weltweit vornehmen. Solche Projekte sind in meinen Augen sehr wichtig für die Zukunft. Hinten habe ich zwei Teller aufgestellt, in die Sie eine Spende legen können, die ich dann weiterleiten werde. Besten Dank.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen, entfällt, da keine Meldungen erfolgt sind. Ich erinnere hier daran, dass immer noch zwei Schulkommissionssitze – Schulkommission Spiegel und Schulkommission Köniz-Schliern, beide mit Sitzanspruch SVP – vakant sind.

Die Traktandenliste wird mit der obgenannten Änderung genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. August 2011

**Liz Fischli (Grüne):** In meinen bisher sechs Jahren als Parlamentsmitglied muss ich erstmals zum Protokoll eine Bemerkung anbringen. Auf Seite 206 ist in meinem Votum zu Traktandum 7, "Nesslerenweg Wabern, Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 1/3, Änderung der baurechtlichen Grundordnung", der Satz: "Gerade weil die Siedlung weit weg vom Zentrum von Wabern entfernt ist, braucht es unbedingt vor Ort genügend und vielseitige Spiel- und Aufenthaltsplätze" zu ergänzen. Er lautet wie folgt: *Gerade weil die Siedlung weit weg vom Zentrum von Wabern entfernt ist, braucht es unbedingt vor Ort genügend und vielseitige Spiel- und Aufenthaltsplätze für die verschiedenen Alterskategorien.*"

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. August 2011 wird mit der oben aufgeführten Änderung genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen

(Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt das Traktandum.

### 3. Kommission für soziale Fragen - Aufhebung

Beschluss; Geschäftsprüfungskommission

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Mit den Parlamentsakten sind Ihnen der Bericht und Antrag der GPK zugesandt worden, wie auch eine Stellungnahme des Gemeinderats. Die Beratungen dazu finden wie folgt statt: Nach der Stellungnahme des GPK-Präsidenten wird sich der Gemeinderat äussern. Danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Ich gehe davon aus, dass Sie die Unterlagen ausführlich studiert haben. Die Geschichte der KSF (Kommission für soziale Fragen) und die Vor- und Nachteile einer Auflösung, wie sie in der Stellungnahme der KSF wiedergegeben sind, sind meines Erachtens sehr instruktiv. Ich hoffe, dass Ihnen meine nachfolgenden Ausführungen einen gewissen Mehrwert bieten können.

Die GPK empfiehlt Ihnen mit 5 : 1 Stimmen, der beantragten Aufhebung der KSF zuzustimmen. Sie hat die Arbeit der KSF immer geschätzt, folgt nun aber der Argumentation der GPK und des Gemeinderats. Bei der Behandlung von Gemeinderatsgeschäften war in der Tat einerseits eine gewisse Doppelspurigkeit zu verzeichnen. Andererseits hat die KSF zusätzliche Controlling-Aufgaben vorgenommen, die von der GPK nicht wahrgenommen worden sind. Sie hat sich z. B. vertieft mit den verschiedenen Konzepten im Sozialbereich befasst und gegenüber der DBS (Direktion Bildung und Soziales) Stellung genommen, lange bevor das jeweilige Geschäft im Parlament beraten worden ist. Die Aufhebung der KSF ist in der GPK bereits im Umfeld der Gründung der Finanzkommission diskutiert worden. Als GPK-Präsident habe ich dem keine hohe Priorität eingeräumt, weil ich es als problematisch betrachtete, wenn sich die GPK zu einer vom Parlament eingesetzten Kommission äussert. Die GPK prüft vorwiegend Gemeinderatsgeschäfte und die Verwaltung, aber nicht das Parlament. Im April 2011 wünschte der Gemeinderat, dass die GPK dieses Geschäft traktandiert und eine Vorlage ausarbeitet. Wir haben das Anliegen mit der Versicherung dies auch zu dürfen, aufgenommen. Zuerst haben wir die

Stellungnahmen der KSF und des Gemeinderats eingeholt. Ein Wort zu einem Punkt aus der Stellungnahme des Gemeinderats: Die Aufrechterhaltung der KSF, nachdem das Parlament die Finanzkommission eingesetzt hat, bedinge bei der Fachstelle Parlament eine Aufstockung um 10 Prozent, was ungefähr 20 Arbeitstagen entspricht. Die KSF mit ihren ca. sechs Sitzungen pro Jahr belastet das Parlamentssekretariat nie und nimmer während 20 Arbeitstagen. Die Aufstockung muss mindestens zum Teil der Finanzkommission und nicht nur der KSF angelastet werden.

Ich bin nun seit sechs Jahren KSF-Mitglied und habe seit fast vier Jahren das Doppelmandat GPK und KSF ausgeübt. Ich habe dies gern getan, die Arbeit in der KSF als sinnvoll erlebt und bedaure persönlich die Aufhebung. Ich folge aber der Ihnen vorliegenden Argumentation. Es ist nun an Ihnen zu entscheiden, ob Sie dem Antrag der GPK folgen wollen oder nicht.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Im Vorfeld zu den heutigen Beratungen habe ich die Unterlagen von 2004 gelesen. Die Motion der FDP 0409 "Einsetzung Fachkommission für soziale Fragen" ist von 32 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet worden. Die Dringlichkeit wurde damals nicht gewährt. Die Unterstützung für die Gründung der KSF war gross, wie scheinbar auch deren Notwendigkeit. Favorisiert wurde die Variante einer "vorbereitenden Kommission zuhänden der GPK". Die Gründe, weshalb die damalige Fürsorgekommission aufgehoben worden ist, d. h. die Auswirkungen des damals neuen Sozialhilfegesetzes, sind in den Unterlagen ausführlich festgehalten. Die damaligen Gründe für die Einsetzung der KSF waren sicher richtig, die Zeiten haben sich nun aber geändert. Aufgrund der neuen Ausgangslage, insbesondere der Gründung der Finanzkommission, entfällt mit der Überwachung der Kosten im Sozialbereich effektiv eine der Kernaufgaben der KSF. Die KSF ist eine vorberatende Kommission für die GPK, d. h. sie hat keine Entscheidbefugnis und Kommissionen, die Vorberatungen für andere Kommissionen tätigen, sind nicht zwingend effizient. Die Arbeit kann sehr gut durch die GPK abgedeckt werden. Man kann sich fragen, ob die KSF falsch aufgegleist worden ist. Die KSF hat, obschon sie prinzipiell über keine Kompetenzen verfügt, nichtsdestotrotz viel Wertvolles geleistet. Die Rahmenbedingungen haben sich nun aber geändert und auch innerhalb der Kommission wurde keine Mehrheit mehr für ihren Erhalt gefunden. Mit 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen empfiehlt sie der GPK, sich selbst aufzulösen. Man muss nun den Mut dazu haben, die KSF bei nicht mehr klarem Bedarf abzuschaffen. Generell hat aber die Bedeutung von politischen Auseinandersetzungen mit Fragen aus dem Sozialbereich nicht abgenommen. Im Gegenteil. Bestehende Gefässe können dies aus unserer Sicht aber sichern.

Die FDP-Fraktion – als Initiator der KSF – sieht die aufgeführten Punkte für deren Abschaffung als zutreffend und stimmt ihr zu.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion sieht einer Auflösung der KSF mit Bedauern entgegen. Die Doppelspurigkeit mit der GPK ist nicht effizient, liesse sich jedoch sehr einfach ändern, denn auch die Finanzkommission ist eine Kommission ohne Entscheidbefugnis. Einige Änderungen im KSF-Reglement wie eventuell auch im GPK-Reglement würden bewirken, dass die KSF direkt dem Parlament Bericht erstatten und Anträge stellen könnte. Damit wären drei wichtige Argumente entkräftet, die für die Abschaffung sprechen. Drei andere aufgeführte Argumente in Bezug auf die Gleichstellung unter den Direktionen sind aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Entscheidend ist einzig, ob bei einer Direktion eine Kommission Sinn ergibt oder nicht, sicher aber nicht eine Gleichstellung unter allen Direktionen. Die DBS ist eine grosse, wichtige und vor allem sehr sensible Direktion. Die Bevölkerung reagiert sehr emotional auf Änderungen oder auf vermeintliche Missstände im Bereich Soziales. Äusserst wertvoll ist die Rolle der KSF als Diskussionspartner für heikle politische Fragen rund um den Sozialbereich, noch bevor das Geschäft im Parlament zur Beratung ansteht. Einige Beispiele aus der Vergangenheit sind: Der Pilotversuch Sozialinspektoren, Konzeptarbeiten im Bereich Alter, Jugend, Integration oder das Freiwilligenetz Köniz oder das Thema Jugendgewalt. Diese Aufgabe wird die GPK nicht übernehmen können. Ein Ausschuss der GPK ist politisch nicht ausgewogen und zuwenig vertieft in die speziellen Themen. Eine temporäre Spezialkommission kann dazu nicht gebildet werden.

Alles in allem ist die Diskussion aus unserer Sicht in eine falsche Richtung gegangen. Das Vorlegen einer Variante, mit der die Kompetenzen der KSF in Richtung Direktberichterstattung ans Parlament geregelt würden, wäre hier der richtige Weg gewesen. Wir bedauern, dass dies – auch von uns – so spät erkannt worden ist. Da aber eine Rückweisung an die GPK zur Prüfung der Variante mit Reglementsänderungen offensichtlich nicht mehrheitsfähig erscheint, müssen wir darauf verzichten, werden jedoch der Aufhebung der KSF nicht zustimmen.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Im Gegensatz zur CVP/EVP/GLP-Fraktion wird die SVP-Fraktion der Auflösung der KSF zustimmen. Die beantragte Auflösung der KSF ist anlässlich diverser Fraktionssitzungen rege diskutiert worden und wir sind zum Schluss gekommen, ihr zuzustimmen. Als eines jener Mitglieder, die von Anfang an Mitglied der KSF waren, halte ich Folgendes fest: Zu Beginn ihrer Arbeit wurde die KSF nicht entsprechend ernst genommen wie auch ihre Rolle als Bindeglied nicht. Die KSF hatte einen schweren Stand sich durchzusetzen und musste immer wieder Gegenwind gewärtigen. Rückenwind haben wir erst erhalten, als Christoph Salzmann Kommissionsmitglied wurde. Die Vorprüfungen der KSF wurden in der GPK erst ab diesem Zeitpunkt wahrgenommen. Heute muss ich festhalten, dass die KSF gute Arbeit geleistet hat. Aus verschiedensten Gründen wird die SVP-Fraktion aber der Auflösung zustimmen. Die KSF hatte stets einen guten Draht zum Direktionsvorsteher Gemeinderat Ueli Studer und einen Vorsprung gegenüber dem Parlament in Bezug auf die Geschäfte. Für diese Informationen danken wir Gemeinderat Ueli Studer bestens.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Fraktion der Grünen ist sich einig, dass die KSF in der heutigen Form keinen Sinn macht. Die Geschäfte werden zwar in der KSF besprochen, aber eben auch noch einmal in der GPK. Solche Doppelspurigkeiten müssen in Zukunft verhindert werden. Die GPK ist durch die Einsetzung der Finanzkommission entlastet worden und verfügt nun über die Kapazität, die Funktion der KSF zu übernehmen. Die wichtige Funktion der KSF als "Sparringpartner" von Gemeinderat Ueli Studer, Vorsteher der DBS, könnte in Zukunft auch von der GPK oder einer Art Sozialausschuss der GPK übernommen werden. Aus diesem Grund ist für unsere Fraktion klar: Entweder wird die KSF auf die Stufe der Finanzkommission aufgewertet – das steht hier aber nicht zur Diskussion – oder sie wird aufgelöst. Das war der Stand vor einer Woche. In der Zwischenzeit war von der Rückweisung des Geschäfts die Rede, verbunden mit dem Auftrag, die KSF aufzuwerten. Diskussionen innerhalb unserer Fraktion tendierten zu einer Zustimmung des Rückweisungsantrags. Diese Überlegungen sind nun hinfällig.

Wir haben uns trotzdem Gedanken darüber gemacht, wie das Kommissionswesen in Zukunft zu regeln ist. Wir Grünen fordern eine Neuordnung der ständigen Kommissionen, denn es besteht ein Ungleichgewicht. Einerseits verfügen einige Direktionen über eine eigene Kommission und andere, mindestens so wichtige Direktionen, haben keine. Andererseits sind wir klar dagegen, dass jede Direktion über eine eigene Kommission verfügen kann. Damit würde das Kommissionswesen unnötig aufgeblasen. Deshalb wäre in unseren Augen ein Modell vorstellbar, mit dem die fünf Direktionen durch drei Kommissionen abgedeckt werden. Die Finanzkommission wäre für die DPF (Direktion Präsidiales und Finanzen) zuständig, die Sozial- und Bildungskommission für die DBS (Direktion Bildung und Soziales) und die GPK würde für die Direktionen DPV (Direktion Planung und Verkehr), und DUB (Direktion Umwelt und Betriebe), zu einer so genannten "Verkehrs-, Planungs- und Umweltkommission" mutieren. Offen in diesem Vorschlag ist die DSL (Direktion Sicherheit und Liegenschaften), die entweder von der Kommission Bildung und Soziales oder von der so genannten "Verkehrs-, Planung und Umweltkommission" übernommen wird. Mit diesem Vorschlag wären drei ständige Kommissionen vorhanden, d. h. der Status quo würde beibehalten. Damit werden Mehrbelastungen der Parlamentsmitglieder sowie der Verwaltung gegenüber dem heutigen Zustand vermieden. Da die Rückweisung nun nicht zur Diskussion steht, behalten wir uns vor, in den nächsten Monaten einen Vorstoss in dieser Richtung einzureichen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP-Fraktion hat das Geschäft intensiv diskutiert, weil ihr die KSF naturgemäss nahe steht und soziale Fragen eine Kernkompetenz der SP sind. In unserer Fraktion sind Stimmen für und gegen die beantragte Abschaffung der KSF vorhanden. Als Kommission mit gewissen Doppelspurigkeiten zur GPK und ohne direkte Verantwortlichkeit dem Parlament gegenüber, hat sich die KSF aber auch in den Augen der SP-Fraktion überholt. Lange Jahre konnten wir Erfahrungen sammeln und wir sehen durchaus die Vor- und Nachteile des bestehenden Gebildes, die in den Unterlagen gut wiedergegeben sind. Auch wir haben eine Zustimmung zum diskutierten Rückweisungsantrag in Erwägung gezogen. Er würde das Dilemma gut aufzeigen, in dem wir stecken. Wäre nicht die Aufwertung der KSF zu einer Kommission, die direkt dem Parlament Bericht erstattet, der bessere Weg? Das hätte handfeste Vorteile, die ich kurz antönen möchte: Wir möchten kein falsches Signal senden. Der Sozialbereich wird nicht weniger wichtig, nur weil der Kanton immer mehr zu sagen hat. Er bleibt wichtig und es bestehen genug Argumente dafür, den Sozialbereich durch das Parlament politisch nahe zu begleiten. Die nicht unbedeutende Begleitfunktion der wichtigen und grossen Sozialdirektion könnte beibehalten werden und die GPK würde weiterhin und deutlicher entlastet. In einer

Aufwertung würden wir aber auch Nachteile sehen. Wir haben uns gefragt, ob nicht sofort politischer Druck entsteht, weitere Kommissionen für andere Direktionen zu schaffen. Solches würde die SP-Fraktion nicht unterstützen. Personelle und finanzielle Überlegungen führen eher zu einem Nein. Wir sind aber durchaus offen für Diskussionen. Auch die KSF diskutierte kontrovers und hätte sich – wie aus der Vorlage ersichtlich ist – durchaus eine Weiterarbeit mit neu definierten Kompetenzen vorstellen können. Aus all diesen Gründen hätte die SP-Fraktion einem Nichteintretens- bzw. Rückweisungsantrag gewisse Sympathien entgegengebracht. Wir hätten damit den Weg geebnet, aus zwei oder drei Varianten die richtige auszuwählen, zeitlich gut dosiert abzuwägen und nicht überstürzt zu handeln.

Die SP-Fraktion wird deshalb diesem Geschäft weder geschlossen zustimmen noch die KSF geschlossen abwählen und dabei ein wenig seufzen: "Zwei Seelen wohnen ach! in meiner Brust."

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die engagierten Voten. Der Gemeinderat begrüsst die beantragte Aufhebung der KSF, weil er den Eindruck hat, dass die GPK mit der neu geschaffenen Finanzkommission entlastet wird und sie die KSF-Geschäfte sehr wohl beraten kann. Wir haben auch den Eindruck, dass nicht Kommissionen hintereinandergeschaltet werden sollen, die grundsätzlich dasselbe bearbeiten können. Weil es sich hier um eine überflüssige Doppelspurigkeit handelt, ist die Massnahme auch Teil des Stabilisierungsprogramms. Doppelspurigkeiten sollen vermieden und damit Steuergelder eingespart werden. Das sind die wichtigsten Gründe für die Aufhebung der KSF. Ich persönlich sehe auch nach der hier gewalteten Diskussion nicht, weshalb für den Sozialbereich eine Speziallösung notwendig sein soll. Es zeichnet sich aber ab, dass der Entscheid gemäss dem Antrag der GPK gefällt wird und deshalb möchte ich mich vorläufig nicht mehr äussern, insbesondere nicht zu den Überlegungen, die von der Fraktion der Grünen in Bezug auf das Kommissionswesen angebracht worden sind. Ich nehme diese Überlegungen aber zur Kenntnis.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich halte hier fest, dass die Zusammenarbeit mit der KSF stets gut war, auch wenn es zu Beginn nicht immer einfach war. Für die von mir geführte DBS war es stets wichtig, dass wir bei aufzugleisenden Geschäften eine parlamentarische Kommission einbeziehen und bei der Ausarbeitung Meinungen einholen konnten. Auch in meiner Brust wohnen zwei Seelen, Christian Roth. Auf der einen Seite wird mir die KSF fehlen, auf der anderen Seite macht die Doppelspurigkeit keinen Sinn. Durch die Einsetzung der Finanzkommission bin ich guter Hoffnung, dass die GPK mehr Zeit für Geschäfte aus dem Sozialbereich hat. Ich bin bereit und werde mir weiterhin Mühe geben, das für meine Direktion zuständige Mitglied der GPK möglichst früh in die Vorbereitung unserer Geschäfte einzubeziehen. In ein, zwei Jahren wird ersichtlich sein, ob sich diese Lösung bewährt. Danach können wir Überlegungen anstellen, welche Kommissionen allenfalls einzusetzen wären.

---

### Beschluss

1. Die Kommission für soziale Fragen wird aufgehoben.
  2. Das Reglement vom 6. September 2004 über die Kommission für soziale Fragen wird aufgehoben und auf den 31. Oktober 2011 ausser Kraft gesetzt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
- 

4. **0905 Postulat (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung"**  
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Eine Vorbemerkung in eigener Sache: Für die Traktanden 4, 5 und 6 hat der Gemeinderat eine gemeinsame Vorlage vorbereitet, die von uns in drei Traktanden aufgesplittet worden ist. Die Abstimmungen finden unter dem entsprechenden Traktandum statt, jeweils mit der entsprechenden Ziffer des Antrags des Gemeinderats. Der Grund dafür: Für mich ist der Zusammenhang der drei Postulate nicht offensichtlich und ich möchte jedem Postulanten genug Raum für sein Votum geben.

**Christian Roth (SP):** Ich werde mich hier zu den Traktanden 4 und 6 äussern. Das von mir Mitzuteilende betrifft beide Traktanden.

Die beiden Themen, genügend Platz in einer Kindertagesstätte oder in der Tagespflege, wie auch die Frühförderung von Kindern, sind keinesfalls verstaubt. Auch wenn es um diese Thematik in der Gemeinde Köniz etwas ruhiger geworden ist, ist sie trotzdem nicht weniger aktuell. Wir warten gespannt auf die beiden Konzepte, die sich in der DBS in Arbeit befinden. Die SP-Fraktion begrüsst nach wie vor, dass eine Gesamtsicht sowohl für die familienexterne Kinderbetreuung als auch für die Frühförderung von Kindern erstellt wird. Ich bedaure sehr und bin zunehmend erstaunt, dass zwei Jahre für die Erarbeitung einer Antwort nicht genügen. Ich muss der Begründung im Bericht des Gemeinderats entnehmen, dass diversen anderen Geschäfte Priorität eingeräumt worden ist und auch personelle Gründe zu Verzögerungen beigetragen haben. Mir fällt auf, dass in letzter Zeit öfter Anträge für Fristerstreckungen gestellt werden. Diese Entwicklung bereitet mir Sorge. Die Verwaltung läuft – man könnte es so interpretieren – offenbar am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Das erschwert die Arbeit des Gemeinderats und des Parlaments. Ich persönlich finde es wichtig und vordringlich, bei der Verwaltung – anlässlich der Budgetdiskussionen – keinen weiteren Abbau mehr zu betreiben. Die notwendigen Ressourcen müssen bereitgestellt werden, damit Gemeinderat und Parlament professionell und effizient arbeiten können.

Ich bin der Meinung, dass eine Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre zu lange ist und habe mir deshalb überlegt, einen Antrag auf Fristerstreckung für ein Jahr zu stellen. Die Grundlagen des Konzepts sind erstellt, so dass mit der Umsetzung der Anliegen bald begonnen werden kann. Auch die Termine auf der kantonalen Ebene sprechen in meinen Augen nicht zwingend für eine Fristerstreckung um zwei Jahre. Ich bin jedoch zum Schluss gekommen, auf einen diesbezüglichen Antrag zu verzichten, weil ich die zu erarbeitenden Konzepte in der Schlussphase nicht unter Druck setzen will. Ich bin der Meinung, dass eine Gesamtschau seriös durchgeführt werden soll, damit für die künftige Entwicklung der familienexternen Kinderbetreuung, wie auch eine gute Basis für die Frühförderung von Kindern in Köniz, ein guter Leitfaden vorliegen wird. Zudem befindet sich – das geht aus dem Antrag für Fristerstreckung hervor – das Umfeld für die externe Kinderbetreuung in einem starken Wandel, wie das Beispiel der Abstimmung in Bern betreffend Betreuungsgutschriften zeigt. Diesen Wandel müssen wir berücksichtigen und er spricht dafür, genügend Zeit zur Verfügung zu stellen.

Ich fordere den Gemeinderat auf, sich Gedanken über den Umgang mit Fristverlängerungsgesuchen zu machen. Es ist in meinen Augen stossend, wenn erst beim oder sogar nach Ablauf der Erfüllungsfrist Verlängerungsgesuche beantragt werden. Das politische Controlling muss verbessert werden, es braucht eine Art "Fristwarnung" analog der Gewinnwarnung bei börsenkotierten Firmen.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP):** Auch ich werde mich zu den drei Anträgen insgesamt äussern und einleitend festhalten, dass die BDP-Fraktion zu Fristverlängerungen kritisch Stellung genommen hat. Uns ist wichtig, dass die Vorstösse aus dem Parlament zeitgerecht behandelt werden. Hier sind wir der Meinung, kann jedoch eine Ausnahme gemacht werden. Das in Aussicht gestellte Konzept scheint uns Grund genug für eine Zustimmung zu den Anträgen auf Verlängerung der Erfüllungsfristen. Es ist wichtig, nicht am Flickenteppich weiterzuweben, sondern die Massnahmen zusammenzufassen und die Chance wahrzunehmen, die eingesetzten Mittel mit grösserer Wirkung zum Einsatz zu bringen. Unserer Fraktion ist die Beschreitung dieses Weges wichtig und deshalb stimmen wir dem Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfristen zu.

Vielleicht kann uns Gemeinderat Ueli Studer heute bekanntgeben, wann das Konzept dem Parlament vorgelegt wird.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Auch ich äussere mich zu allen drei Traktanden, weil es sich bei allen drei um Fristverlängerungen handelt. Ich begrüsse es aber grundsätzlich, wenn zu jedem Vorstoss einzeln Stellung genommen werden kann. Die Fraktion der Grünen Köniz stimmt den beantragten Verlängerungen der Erfüllungsfristen zu, aber auch nur widerwillig. Wir sind der Meinung, dass Vorstösse in aller Regel fristgerecht zu erfüllen sind. Gründe für Verlängerungen von Erfüllungsfristen bestehen immer, denn das übergeordnete Recht ist immer in Bewegung. Vor allem die Hinweise auf Gründe wie fehlende personelle Ressourcen oder Geschäftsüberlastung erstaunten uns. Engpässe sind immer wieder möglich, wenn jedoch grundsätzlich zu wenig Personal vorhanden ist, kann es in sensiblen Bereichen langfristig kritisch werden. Wie bereits erwähnt, hat auch das Sparen seine Grenzen. Genügend und motiviertes Personal ist nötig, damit die Aufgaben auch richtig wahrgenommen werden. Wir Parlamentsmitglieder sind zuständig, hier die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Frühförderung von Kindern liegt auch uns sehr am Herzen. Sie ist wichtig und erkannt. Es bestehen Studien und auch auf kantonaler Ebene ist ein Konzept am Werden. Immerhin hier



einen Dank dafür, dass die Bibliotheken in der Gemeinde Köniz jeweils vor Ort bleiben können. Das kann als Massnahme im Bereich Frühförderung von Kindern anerkannt werden. Dieses Angebot ist für Kinder im Vorschulalter und deren Familien sehr wichtig.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auch ich habe mein Votum für alle drei Verlängerungen von Erfüllungsfristen zusammen vorbereitet. Ich danke für die gute Aufnahme, aber auch für die kritischen Voten in Bezug auf Anträge für Verlängerungen von Erfüllungsfristen. Ich weiss aber nicht mehr, wann ich in den letzten acht Jahren zu einem Vorstoss meine Direktion betreffend eine Fristverlängerung verlangt habe. Ich selber habe keines gefunden.

Ich begründe die Anträge für die Verlängerungen der Erfüllungsfristen: Der Hinweis auf fehlende Ressourcen beim Personal ist nur die eine Seite. Die andere ist, dass sich in den Bereichen Kindertagesstätten, familienexterne Kinderbetreuung, Bildung, Integration und Frühförderung sehr viele Änderungen abzeichnen, auch auf übergeordneter kantonaler Ebene. Es macht doch keinen Sinn, das in der Rohfassung bereits bestehende Konzept bereits jetzt fertig zu stellen und im nächsten und übernächsten Jahr wieder Anpassungen und Änderungen vornehmen zu müssen. Damit komme ich zur Frage, wann das Konzept fertig gestellt ist: Ich gehe davon aus, dass es in zwei Jahren umgesetzt werden kann. Wir haben in den letzten Jahren nicht nichts getan. Mit der Umsetzung der Forderungen von diversen Vorstössen, und es waren deren nicht wenige, haben wir operativ bereits zu einem grossen Teil begonnen. Das Angebot an Kita-Plätzen ist jährlich ausgebaut worden wie auch die Anzahl der Tagespflegeplätze. Innerhalb der Direktion sind Vernetzungen vorgenommen worden. Die Gemeinde Köniz hat in der Region in diesem Bereich einen guten Ruf. All diese Massnahmen können noch optimiert werden und das ist mit dem Konzept vorgesehen. Wir wollen jedoch etwas Hieb- und Stichfestes erarbeiten. Ich bin froh, wenn Sie den beantragten Verlängerungen der Erfüllungsfristen zustimmen.

Noch ein Wort in Bezug auf die personellen Ressourcen: Ihnen ist bekannt, dass wir in den letzten eineinhalb Jahren in der DBS eine Organisationsentwicklung durchgeführt haben, die unter externer Leitung stand. Die drei Abteilungsleitungen haben jedoch enorm viel für diese Organisationsentwicklung erarbeiten müssen. Ab dem 1. Januar 2012 werden in der DBS nicht mehr drei Abteilungen bestehen, sondern noch zwei: Diese Erarbeitung hat grosse Ressourcen gebunden, leistet aber dem Konzept Vorschub. Diesbezüglich war das Personal der DBS äusserst stark gefordert. Hinzu kommt, dass ein Mitarbeiter gestorben ist. Dieser kann nicht einfach so eins zu eins ersetzt werden, weil viel Know-how verloren ging. Ich bitte Sie, diese Umstände zu respektieren. Unsere Mitarbeitenden setzen sich stark für die Belange der Gemeinde Köniz ein und wollen die Umsetzung realisieren. Auch der Leiter der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit, der Ende Januar 2012 pensioniert wird, möchte die Umsetzung so realisieren. Ab Februar 2012 wird eine neue Abteilungsleitung vorhanden sein. Diese Person muss sich dann zuerst in die beiden Abteilungen einarbeiten und wird danach an diesem Konzept weiterarbeiten.

Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfristen zuzustimmen.

---

### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist für 0905 Postulat (SP), "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder ein Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung" wird bis 17.08.2013 verlängert (abgegebene Stimmen: Einstimmig )

---

### **5. 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

**Mark Stucki (FDP):** Wenn der Gemeinderat Verlängerungen von Erfüllungsfristen verlangt, lässt das immer wieder aufhorchen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich der Gemeinderat, wie auch die Verwaltung an die Erfüllungsfristen zu halten haben. Hier aber machen die Anträge auf Verlängerungen der Erfüllungsfristen – ich spreche zu den beiden noch nicht beratenen Vorstössen – tatsächlich Sinn. Zuallererst weil so der Paradigmenwechsel auf Betreuungsgutscheine bei der Behandlung von Fragen die familienexterne Kinderbetreuung betreffend, einbezogen werden muss. Das ist ein Anliegen aller liberal Denkenden. Aber auch darüber hinaus scheint es uns notwendig, das System der familienergänzenden Kinderbetreuung ganz grundsätzlich zu prüfen. Mühe haben wir hingegen mit dem Argument, die Abteilung habe anderes vornehmen müssen. Das mag im konkreten Fall tatsächlich so gewesen sein, es gehört aber zu den prioritären Aufgaben, Aufträge der vorgesetzten Behörde, dem Parlament,

ernst zu nehmen und fristgerecht zu erledigen. Unsere rechtlichen Grundlagen sehen die Fristen verbindlich vor und daran hat man sich zu halten, ausser es bestehen inhaltliche Gründe für die Beantragung einer Verlängerung der Erfüllungsfrist. Das Parlamentsrecht ist kein Menu, aus dem nach Belieben ausgelesen werden kann. Besonders stossend ist im vorliegenden Fall die Tatsache, dass die Erfüllungsfrist bereits abgelaufen ist. Trotzdem erklären wir uns bereit, den Verlängerungen der Erfüllungsfristen im konkreten Fall aus inhaltlichen Gründen zuzustimmen.

---

#### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist für 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk), "Köniz für Kinder - Köniz für Familien" wird bis 17.08.2013 verlängert  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **6. 0913 Postulat (SP) "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Da die Voten zu diesem Traktandum bereits in den beiden vorhergehenden gehalten worden sind, ist das Wort nicht mehr verlangt worden und es erfolgt nur noch die Abstimmung.

---

#### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist für 0913 Postulat (SP), "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern" wird bis 17.08.2013 verlängert  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **7. 0910 Postulat (jfk) "Kreiselsponsoring - Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)"**

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich danke für die Genehmigung der Verschiebung dieses Traktandums auf die heutige Sitzung. Zuerst übermittle ich Gemeinderätin Katrin Sedlmayer Grüsse von Daniel Oester aus Hongkong. Er liest die Parlamentsakten jeweils mit grossem Interesse und hat mich gebeten klarzustellen, dass er als Erstunterzeichner nie eine Einladung zu einem Treffen erhalten hat.

"Wer will, sucht Lösungen, wer nicht will, sucht Gründe." Das habe ich am 17. August 2009 gesagt, um zu beschreiben, wie der Gemeinderat mit dieser innovativen Idee umgeht. Leider hat sich in der Zwischenzeit nichts an der Haltung des Gemeinderats geändert, obwohl das Postulat vom Parlament erheblich erklärt worden ist. Aus jeder Zeile des Berichts des Gemeinderats kann entnommen werden, dass er Gründe sucht, nicht auf dieses Thema eingehen zu müssen.

Ein kurzer Rückblick: Das vorliegende Geschäft hat seinen Ursprung in einer Bevölkerungsbefragung der Jungfreisinnigen aus dem Jahr 2007. Die Ästhetik der Könizer Kreisel hat dabei – gelinde gesagt – schlecht abgeschnitten. Schönheit ist Geschmackssache; die Anzahl der Nennungen war jedoch sehr signifikant. Kunst und Ästhetik sind oft sehr teuer. Wir haben uns damals überlegt, welche innovativen Konzepte bestehen und wie das Thema möglichst kostenneutral angegangen werden kann. Wir sind in anderen Gemeinden fündig geworden. Für uns war immer klar, dass sich ein allfälliges Sponsoring innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bewegen muss. Der Vorstoss kann nicht zum Ziel haben, Mehrkosten zu generieren und es können nicht alle Kreisel ersetzt werden. Weiter war klar, dass nicht alles Gewünschte zulässig sein wird. Ziel war es, dass die Gemeinde weiss, wie mit Anfragen von Privaten oder Firmen umzugehen ist. Ziel war es, die Kreisel gestalterisch aufzuwerten und für die Gemeinde wie auch für die Firmen oder Privaten eine Win-Win-Situation zu schaffen. Ziel wäre es auch gewesen, keine Mehrkosten zu generieren. Der Gemeinderat hat den vorliegenden Bericht erstellt und eine Umfrage bei den in der Gemeinde Köniz ansässigen Firmen durchführen lassen. Ohne Kenntnis der Details der Umfrage kann aber festgehalten werden, dass fast 20 Prozent der befragten Firmen Interesse an einem möglichen Sponsoring haben. Das Umfrageergebnis ist doch gut und zeigt, dass sich hier unter Umständen etwas realisieren liesse. Die Argumente, das Spon-

soring führe zu höheren Kosten, ist ein kleiner Affront den Postulanten gegenüber, weil diese genau das nicht wollten. Als Beispiel für die zu hohen Kosten werden mögliche Vorarbeiten genannt. Auch hier ist noch nichts klar definiert. Es wäre auch denkbar, dass diese Vorarbeiten durch den Sponsoren selber getragen werden müssen. Ebenso erstaunlich ist die Antwort des Gemeinderats, wenn die im Bericht positiv erwähnten Erfahrungen aus anderen Gemeinden miteinbezogen werden. Leider hilft aber auch dieser Umstand der Sache in Köniz nicht weiter. Wir haben uns deshalb intensiv darüber unterhalten, wie weiter vorgegangen werden soll und sind zum Schluss gelangt, der Abschreibung zuzustimmen. Ich habe noch einige Fragen, die ich gerne beantwortet hätte und werde diese Gemeinderätin Katrin Sedlmayer nach der Sitzung bilateral stellen. Dies in der Hoffnung auf Beantwortung. Abhängig von diesen Antworten wird sich die FDP-Fraktion überlegen, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt allfällig wieder aufzugreifen. Die Begründungen inhaltlicher Natur sind in unseren Augen nicht überzeugend.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Das Thema Kreiselsponsoring wird sehr unterschiedlich betrachtet. Auch in unserer Fraktion haben sich diverse Meinungen herausgebildet. Grundsätzlich sind wir einstimmig zum Schluss gekommen, dass der Vorstoss erfüllt ist und wir werden der Abschreibung zustimmen.

Die im Vorstoss verlangte Bedürfnisabklärung ist vorgenommen worden. Bei den angefragten ortsansässigen Firmen war die Begeisterung nicht übermässig gross. Die Anzahl jener, die wirklich mittun wollen, rechtfertigt die Ausarbeitung eines Konzepts noch nicht. Klar ist in unseren Augen, dass auf jeden Fall detaillierte Grundlagen zu erarbeiten sind. Das Festhalten von einigen Punkten auf einer A4-Seite genügt nicht. Klare detaillierte Vorgaben würden vermutlich allfälligen Sponsoren erst recht wenig Spielraum lassen und damit nicht attraktiv genug sein. Die Kosten, die durch die Gemeinde zu übernehmen wären, sind nicht zu vernachlässigen. Vor allem aber sind attraktive Bilder und Werbebotschaften in einem Kreisel nicht unproblematisch und können die Verkehrsteilnehmenden ablenken. Werden Kreisel derart gestaltet, dass die Verkehrsteilnehmenden nicht darauf reagieren, wird das Ziel der Sponsoren verfehlt. Wer z. B. den Kreisel im Steinhölzli vollständig lesen will, muss ihn mindestens einmal umfahren.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Das Postulat hat zum Ziel, durch die Verschönerung der Kreisel zu einem schöneren Ortsbild zu gelangen und dies möglichst ohne Mittel aus der Gemeindekasse. Wir sind froh, dass nun ein aussagekräftiger Prüfungsbericht vorliegt und danken dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Direktion Planung und Verkehr für die ausführliche Abklärung und Prüfung. Es ist sicher wertvoll, dass die Erfahrungen aus Langenthal oder dem Kanton Solothurn ausgewertet und Fachpersonen wie Friederike Schmid beigezogen worden sind. Leider müssen wir feststellen, dass bei einer Umsetzung zuerst ausgabewirksame Kosten entstehen, dass die Verwaltung zusätzliche Aufgaben übernehmen muss und dies ohne eigentlichen Nutzen. Auch ein Sponsoring würde diese Kosten kaum übernehmen und ein gesponserter Kreisel wird nicht allen gefallen. Die Ergebnisse der Anfragen für ein allfälliges Sponsoring sind nicht überwältigend.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats zu. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gestaltung im öffentlichen Raum ganzheitlich und nicht nur beschränkt auf die Kreisel zu betrachten und sicher Bestandteil des Standortmarketings ist. In den letzten Jahren haben wir erfreulicherweise einen Vorgehensstrategiewechsel bei der DPV feststellen können. Die Gemeinde bezieht die Bevölkerung jeweils frühzeitig mit ein, so z. B. bei der Sanierung Kirchstrasse, bei der Verkehrsberuhigung Hessesstrasse oder auch im Zusammenhang mit Tram Region Bern, mit der Ortsplanungsrevision oder anderem. Dieses Vorgehen wird sicher zu einer Verschönerung des Ortsbilds beitragen und ist in unseren Augen der richtige Weg.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Die Aussage von Bernhard Bichsel, dass sich der Gemeinderat gegen die Idee des Kreisel-Sponsorings wehrt und nach Gründen für die Nichtrealisierung sucht, ist in meinen Augen übertrieben. Das Anliegen ist im Grossen und Ganzen sympathisch und wenn sowohl die finanziellen als auch die personellen Ressourcen vorhanden wären, würde mit der Arbeit begonnen. Der Gemeinderat zeigt Folgendes auf: Wenn die Tramlinie 10 durch Köniz realisiert wird, müssen acht Kreisel neu gestaltet werden. Für Tram Region Bern ist der Partizipationsprozess äusserst wichtig und die Bevölkerung soll miteinbezogen werden, auch für die Neugestaltung der Kreisel. Der Gemeinderat betrachtet die Dringlichkeit nicht als so wichtig wie Bernhard Bichsel. Die jfk hat 2007 zwar eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt, aber nicht die Meinung aller rund 39'000 Einwohnenden eingeholt. Hinter die Repräsentativität dieser Umfrage müssen wir ein Fragezeichen setzen. Ausserdem wird der Aufwand für das Kreisel-Sponsoring unterschätzt. Abklärungen haben auf einer breiten Basis statt-

gefunden. Es genügt ausserdem nicht, ein Konzept zu erarbeiten, sondern man muss mit den entsprechenden Firmen Verhandlungen führen und der Aufwand dafür ist nicht zu unterschätzen. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat die Abschreibung des Postulats. Ich bin gerne bereit, die Fragen von Bernhard Bichsel im Nachgang an die Sitzung zu beantworten.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Zu Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Alle rund 39'000 Einwohnenden sind von uns angefragt worden. Die Dringlichkeit scheint aber nicht so hoch, denn die Anfragen haben 2007 stattgefunden. Ich halte hier fest, dass die Umfrageergebnisse nicht repräsentativ sind, wohl aber signifikant. Das Thema ist politisch nicht zentral, aber eines das die Bevölkerung bewegt. Spricht man mit der Bevölkerung, stellt man mit Erstaunen fest, dass das Ortsbild ein wichtiges Thema ist. Zu Urs Maibach: Die Strassenverkehrsordnung ist einzuhalten, auch von uns. Dass sich 3 von 16 Firmen für ein Kreiselsponsoring interessieren, ist in meinen Augen ein sehr positiver Rücklauf.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **8. 1102 Motion (FDP. Die Liberalen Köniz) "Schuldenbremse"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Eine Vorbemerkung: Die Beilage "Motionsprüfung" lag dem Aktenversand der Parlamentsunterlagen nicht bei, sondern wurde Ihnen vom Parlamentssekretariat per E-Mail zugesandt.

**Hanspeter Kohler (FDP):** Schulden und Finanzen sind in Kantonen, in Kommunen und sicher auch in Familien ein Kernthema. Der Gemeinde Köniz drohen in den kommenden Jahren neue Haushaltsdefizite. Ein ausgeglichenes Budget ohne Rückgriff auf das Eigenkapital wird trotz Stabilisierungsprogramm schwierig sein. Deshalb könnte die vorliegende Motion genau die richtige sein. In der Antwort blickt der Gemeinderat aber leider zurück anstatt nach vorne. Bei den gesetzlichen Grundlagen begründet er, weshalb Aufwandüberschüsse budgetiert werden können. So z. B. wenn der Aufwandüberschuss durch Eigenkapital gedeckt ist oder wenn Aussicht auf Deckung besteht. Das ist ein Freipass für Defizitbudgets. Die FDP-Fraktion will jedoch ausgeglichene Budgets vorliegend haben. Eine Gemeinde kann sogar Defizite budgetieren, die nicht durch Eigenkapital gedeckt sind, es muss lediglich in der Finanzplanung ausgewiesen sein, wie man den Fehlbetrag auszugleichen gedenkt. Der Gemeinderat kommt ausserdem zum Schluss, dass das Recht auf kantonaler Ebene genügt und strenge und umfassende Regelungen zum Finanzhaushalt einer Gemeinde bestehen.

Die Motion geht aber weiter und möchte dem Gemeinderat, wie im Auftrag formuliert, noch verbindlichere Richtlinien geben: "Dass die Ausgaben bei der Budgetierung unter Einbezug der Konjunkturlage an die Einnahmen geknüpft werden. Ausgaben dürfen nur erhöht werden, wenn ihre Finanzierung durch zusätzliche Einnahmen oder entsprechenden Verzicht sichergestellt ist." Der Gemeinderat betont, dass alles bestens geregelt ist, auch mittels Gemeindegesetzgebung. Vieles ist geregelt, dem ist so. Das heisst aber nicht, dass der Finanzhaushalt nicht noch besser geregelt werden kann. Die FDP-Fraktion vermutet auch, dass der Motionär zumindest teilweise falsch verstanden worden ist. Die Motion schliesst nicht aus, dass Schulden bestehen können, sie will mit der Forderung eines ausgeglichenen Haushalts nur verhindern, dass sich neue Schulden anhäufen.

Wie auch immer, ob Schulden- oder Ausgabebremse, die Motion ist in unseren Augen nach wie vor gut, passend, verständlich und zielführend. Die Begründung, dass die Stadt Bern eine gleiche parlamentarische Initiative abgelehnt hat, bedeutet nicht, dass dies auch für Köniz gelten soll. Der Blick in Nachbars Garten schliesst nicht aus, dass die Blumen im eigenen Garten schöner sind. Im Fazit gelangt der Gemeinderat zum Schluss, dass er das Eigenkapital für Steuereinbrüche nützen kann. Er setzt damit den Hebel nicht beim Sparen an, sondern beim Aufbrauchen von Reserven. Das möchte die Motion mit einem der jeweiligen Wirtschaftslage angepassten Budget und dessen Einhaltung verhindern. Das beigelegte Gutachten unterstützt die Meinung des Gemeinderats. Nicht jedes Gutachten muss aber zum selben Schluss gelangen.

Unser Fazit: Das Parlament muss sich ständig die Frage stellen, ob der Gemeinderat im Bereich der Finanzen enger gefasst werden soll, als mit der gültigen Gesetzgebung als Minimalvorgabe gefordert. Leider haben wir im Vorfeld zur heutigen Parlamentssitzung auch feststellen müssen, dass nicht nur der Gemeinderat den Vorstoss nicht unterstützt, sondern dass die Motion nur eine minimalste Unterstützung im Parlament findet. Leider auch auf bürgerlicher Seite. Wir erkennen aber auch, dass unterdessen das Stabilisierungsprogramm läuft, wie auch die Einsetzung der Finanzkommission. Trotzdem, die Motion hätte am richtigen Ort angesetzt. Innerhalb der Fraktion haben intensive Diskussionen stattgefunden. Schlussendlich sind wir zum Entscheid gelangt, bei Bedarf einen angepassten Vorstoss zu einem späteren Zeitpunkt einzureichen und ziehen die vorliegende Motion zurück. Eine straffere Finanzpolitik ist somit zurzeit leider im Parlament von Köniz nicht mehrheitsfähig.

Die Motion 1102 (FDP, Die Liberalen Köniz) "Schuldenbremse" wird durch den Motionär zurückgezogen.

#### **9. 1103 Postulat (SP Köniz) "Informationsschrift für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Auch hier eine Vorbemerkung: Auf der Traktandenliste der Parlamentssitzung war dieses Geschäft fälschlicherweise als Motion titulierte und wurde Ihnen nun richtig betitelt zugesandt. Die Falschtitulierung hatte keinen Einfluss auf die Antwort des Gemeinderats.

**Christoph Salzmann (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die gute Aufnahme des Vorstosses, auch im Namen der Postulantin, Laavanja Sinnadurai. Dass der Gemeinderat das Postulat selber in eine Motion umwandelte, zeigt mir, dass er das Anliegen nicht nur prüfen will, sondern zur Umsetzung bereit ist. Ich habe jedoch sofort nach Erhalt der Unterlagen die Korrektur veranlasst.

Die Grundzüge des Anliegens lassen sich wie folgt erklären: Wenn wir Integration fördern und fordern wollen, ist es wichtig, dass wir Migrantenkindern jene Bildung und Ausbildung ermöglichen, die ihren Eignungen und Neigungen angepasst sind. Auch deren Eltern wollen das und im Parlament ist dieser Umstand nicht bestritten. Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie sind in einem fremden Land und beherrschen die Sprache soweit, dass Sie sich im Einkaufsgeschäft und am Arbeitsplatz verständigen können, das Schul- und Bildungssystem ist ihnen jedoch fremd. Sie haben in Ihrer Heimat vielleicht erlebt, dass es wohl eine Grundschule gibt, wer sich jedoch beruflich ausbilden und etwas werden will, benötigt einen Universitätsabschluss. Daneben benötigen Sie für Ihr Weiterkommen vielleicht ein Beziehungsnetz. Wären Sie nicht froh, wenn Sie über das Schul- und Bildungssystem des Landes möglichst umfassend und verständlich aufgeklärt würden? Länder, die ein duales Berufsbildungssystem und eine optimale Durchlässigkeit ermöglichen, dass sogar Lehrlinge noch an die Universität gelangen können, sind ausserhalb des deutschen Sprachraums kaum bekannt. Dass in der Oberstufe der Volksschule selektioniert wird, ist in vielen Ländern auch nicht bekannt. Worte wie Berufslehre oder Sekundarschule können nicht einfach im Tamil- oder Arabischdiktionär nachgeschlagen werden. Das ist der Hintergrund des Postulatsanliegens. Unser System verlangt, dass sich die Eltern in den Schulbetrieb einbinden. Art. 30 des Volksschulgesetzes fordert die Zusammenarbeit von Eltern und Schule. Verbindlichkeit und Zusammenarbeit können jedoch nur eingefordert werden, wenn die Eltern aufgeklärt sind. Eltern, die in fernen Ländern aufgewachsen sind, haben unser System nicht mit der Muttermilch einsaugen können. Es geht nicht darum, alles und jedes – z. B. jedes Schreiben über die Schulreise oder den Elternabend – in alle möglichen Sprachen zu übersetzen. Es ist aber sinnvoll, Basisinformationen in verschiedenen Sprachen anzubieten. Damit hat die kantonale Erziehungsdirektion bereits gute Erfahrungen gemacht. In einer solchen Basisinformation sollte meiner Meinung nach festgehalten sein, dass sich Eltern um das kümmern müssen, was in der Schule geschieht und deshalb die Beherrschung der deutschen Sprache wichtig ist. Viel Material für diese Aufklärung ist bereits vorhanden, wie die Antwort des Gemeinderats aufdeckt. Der Sinn eines Konzepts ist, alles Vorhandene zu bündeln und allfällige Lücken zu ergänzen. Sind diese Unterlagen beisammen, stelle ich mir vor, dass die Zentrale Schulkommission diese in eine Leistungsvereinbarung mit den Schulen aufnehmen könnte, wie z. B. im Bereich Verkehrserziehung. Mit einer solchen Zusammenarbeit könnten die Schulen entlastet werden. Jüngst führte ich Gespräche mit der Abteilung Weiterbildung der

Erziehungsdirektion und einem Mitglied von "Famira" – eine Organisation, die Kurse für Migranten anbietet -, die mir diese Entlastung bestätigt haben. Die Erziehungsdirektion ist daran interessiert, dass die Gemeinden in dieser Sache aktiv werden und sie versucht diese nach Möglichkeit zu unterstützen. Es ist sicher sinnvoll, mit dem Kanton und anderen Gemeinden, z. B. mit Bern, zusammenzuarbeiten und damit Synergien zu nutzen.

Ich gehe mit dem Gemeinderat einig, was er in Punkt 8 festhält: Information ist nicht alles, das Erlernen der deutschen Sprache ist wichtig. Je mehr je besser und das Muki-Deutsch ist zweifelsohne sehr gut. Es ist aber nicht alles und das eine ist nicht gegen das andere auszuspielen, sondern die verschiedenen Mosaiksteine sollten in einem guten Sinn zu einem Gesamtbild zusammengeführt werden. Die Erstunterzeichnende, Laavanja Sinnadurai und ich, danken Ihnen, wenn Sie dem Anliegen zustimmen und bereit sind, in Sachen Migration einen Impuls zu setzen.

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung des Postulats, stellt jedoch den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

Es handelt sich zweifelsohne um ein durchaus berechtigtes und wichtiges Anliegen und es erstaunt deshalb nicht, dass es die Sympathie von 21 Unterzeichnenden gefunden hat. Den Ausführungen und Antworten des Gemeinderats ist grundsätzlich zuzustimmen. Das Anliegen findet aber in den Augen der BDP-Fraktion im erst kürzlich verabschiedeten, umfassenden Integrationskonzept eine absolut genügende Grundlage. Der Empfang von Informationen kann durch die Erstellung eines weiteren Konzepts nicht garantiert werden, der Gemeinderat hat dies in seiner Antwort mehrfach angetönt. Wenn der Gemeinderat aus seiner Sieben-Punkte-Antwort schliesslich einen Bedürfnisnachweis für die Erarbeitung eines zusätzlichen Konzepts ableitet, ist das nicht einfach nachzuvollziehen. Es macht auch in politisch brisanten und aktuellen Themenbereichen keinen Sinn, inhaltlich zwar sinnvolle, formell aber unnötige politische Vorstösse länger als nötig pendent zu halten. Die BDP-Fraktion setzt sich hier für effiziente und möglichst entschlackte Abläufe ein. Etwas plakativer: Der Einsatz der Mittel ist für die Umsetzung von bestehenden Konzepten vorgesehen und nicht für die Erarbeitung von weiteren. Offenbar bestehen bereits heute taugliche Gefässe für die Vermittlung von Informationen an Eltern mit Migrationshintergrund. Der Gemeinderat hat die bestehenden Angebote zwar im Auge, deren Kapazitäten aber noch nicht voll ausgeschöpft und gefördert oder die Angebote sind generell noch zu wenig bekannt. Der Gemeinderat nennt zu Recht die hilfreichen Muki-Deutsch-Kurse, die er sogar als unerlässliche Anstrengung und Voraussetzung auf der Seite der Angebotssadressatinnen und –adressaten bezeichnet. Von einer Person, die schon lange Muki-Deutsch unterrichtet, ist mir zugetragen worden, dass die Sprachkursteilnehmerinnen im Anschluss an den Muki-Deutsch-Kurs direkt in einen Kurs "von Mutter zu Mutter" geschickt werden, der von Famira angeboten wird. In diesem Kurs geht es namentlich um die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften und um Informationen über das Schulwesen. Angeboten werden Elternmitwirkung, Probleme bei Hausaufgaben, Schulschwierigkeiten, Laufbahnplanung, Sonderwochen, etc. Hier scheint einiges des im Postulat Geforderten bereits zu bestehen. Die Koordination der Nutzung von bestehenden Angeboten und Kompetenzabgrenzungen brauchen hoffentlich nicht jedes Mal ein Konzept, das der Gemeinderat vom Parlament verordnet erhält. So wird, gemäss dem Informationsblatt von Famira, die Weiterbildung im Migrationskontext seit 2004 angeboten. Das Konzept ist von fremdsprachigen Fachfrauen für ihresgleichen erarbeitet worden. Dies mit dem grundsätzlichen Ziel der Förderung und Stärkung der eigenen Fähigkeiten. Die Kurssprache ist ein niederschwelliges Deutsch, die Kursdauer beträgt sechs Halbtage, die Kosten betragen 30 Franken inklusive Kinderhütendienst. Weil in Schulhäusern keine Räumlichkeiten dafür frei sind, findet der Kurs zurzeit im Pfarreizentrum St. Josef in Köniz statt. Es erstaunt deshalb nicht, dass das Informationsblatt von Famira mit folgendem Wunsch schliesst: Sie wünschen sich eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Köniz.

Zurück zur Postulatsantwort des Gemeinderats: Es erstaunt nicht, dass andere namhafte Gemeinden und Städte – an denen man sich häufig und gerne orientiert – auch kein solches Konzept brauchen. Wie gross der Erfolg der Stadt Bern mit ihren vier DVD und Elternabenden in 15 Sprachen ist, geht aus dem insgesamt eher lustlos wirkenden Bericht des Gemeinderats nicht hervor. Immerhin nimmt die BDP-Fraktion erleichtert zur Kenntnis, dass heute nicht alle vom Postulat aufgeworfene Punkte gemäss Litera a bis e völlig ungeklärt sind, sondern das Gegenteil der Fall ist. Zusammenfassend ist deshalb nicht ersichtlich, was genau dieser Vorstoss zusätzlich zu den bestehenden Grundlagen ermöglichen soll. Obwohl inhaltlich sinnvoll, besteht formell kein Bedürfnis, den geprüften und beantworteten Vorstoss weiter pendent zu halten. Das Postulat ist deshalb im Fall einer Erheblicherklärung gleichzeitig abzuschreiben. Das käme

zudem der Ansicht von Christan Roth und anderen Votanten entgegen, die eine Entlastung der sonst stark beschäftigten Verwaltung wünschen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Man muss nicht einmal aus einem anderen Land nach Bern ziehen, um vom Schulsystem wenig bis nichts zu verstehen. Da genügt bereits ein Umzug aus einem anderen Kanton. Ich war froh, als unsere Kinder die Schule besuchten, damit ich mit kompetenten Personen über das Schulsystem in Köniz sprechen und es verstehen lernen konnte. Schrittweise sind wir als Eltern hineingewachsen.

Die Fraktion der Grünen hat beschlossen, der Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen. Wir sind aber auch der Meinung, dass einiges sofort angegangen werden kann. In der Gemeinde Köniz besteht eine Willkommenskultur für Neuzuziehende und es gibt Begrüssungsgespräche an den Schulen vor Ort. Dafür muss nicht immer ein Konzept abgewartet werden. Im besten Fall können die guten Erfahrungen einfließen und Lücken geschlossen werden. Die Fraktion der Grünen stimmt einem schlanken und schnellen Konzept sicher zu, auch wenn ich das nicht mit der Fraktion besprechen konnte. Ich persönlich bin nicht sicher, ob zentrale Anlässe gut besucht würden. Die Gemeinde Köniz ist gross und die Wege sind oft weit. Solche Sachen müssen vor Ort angeboten und besser betreut werden. Zentrale Anlässe werden oft genau von jenen nicht besucht, die es dringend nötig hätten. Meine Erfahrungen als Mitglied einer Schulkommission zeigen, dass an den Schulen vor Ort anlässlich von Elternabenden einiges möglich ist. Hier kann besonders Rücksicht auf Eltern mit Migrationshintergrund genommen und die Familien können gezielt begleitet werden. Weiterführende klärende Gespräche können angeboten und dabei das bereits vorhandene nützliche Material auch benützt werden. Nötigenfalls könnte ein Kulturvermittler beigezogen oder jenen Eltern nachgegangen werden, die sich nicht an Elternabenden beteiligen. In den Elternräten vor Ort könnte eventuell jemand speziell für diese Thematik als Vermittlungsperson beauftragt und nach Bedarf durch die Fachstelle Integration unterstützt werden. Wir kommen nicht darum herum, mit dieser Aufgabe zu leben. Begleitungen in den Schulen vor Ort sind persönlich und sicher nachhaltig. Das Thema ist und bleibt aber ein gegenseitiges.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Der Beginn des Herbstsemesters an der Uni Bern heisst für mich: Zurück in den Chemiesaal. In der Chemie gibt es den Begriff "Aktivierungsenergie". Mischt man Chemikalien zusammen und es entsteht keine Reaktion, muss etwas Energie, z. B. in Form von Wärme, beigebracht werden und dann läuft die Reaktion von selber. Auch ein Stein muss zuerst angeschoben werden, damit er ins Rollen gerät.

Die Beobachtung, dass Migranteneltern zum Teil sehr schlecht über das Schulsystem informiert oder nicht daran interessiert sind, können auch die Mitglieder der CVP/EVP/GLP-Fraktion aus eigener Erfahrung bestätigen. Es gibt aber auch Migranteneltern, die sich sehr stark engagieren und einbringen. Damit der Informationsfluss gewährleistet ist und die Eltern die für sie notwendigen Informationen erhalten, braucht es die Gemeinde, die aktiv versucht die entsprechenden Personen zu erreichen, aber auch jene Eltern, die sich mit den Themen auseinandersetzen, die sie noch nicht richtig verstehen. Der Vorstoss nimmt die Gemeinde in die Pflicht und verlangt ein Konzept, mit dem die Migranteneltern über unser Schulsystem systematisch, gebündelt und verständlich informiert sind. Wir erwarten von diesem Konzept, dass es das bringt was es verspricht: Griffige Massnahmen, die auf Gegenseitigkeit beruhen. Es geht nicht nur darum, Broschüren zu verteilen, sondern die Eltern sollen in die Pflicht genommen werden, z. B. mit einer obligatorischen Teilnahme an Elternabenden.

Unserer Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Lehrkräfte entlastet werden. Diese müssen zwar ihren Teil an Informationsarbeit leisten, wenn sie sich jedoch nicht mehr auf ihre ursprüngliche Arbeit konzentrieren können, läuft etwas falsch. Wir hoffen, dass die Gemeinde mit diesem Konzept und vor allem mit den darauf basierenden Massnahmen ihren Teil an Aktivierungsenergie dazu beisteuern kann, dass Migranteneltern besser über unser Schulsystem informiert sind und vor allem das Interesse an diesem wichtigen Thema geweckt wird. Der andere Teil dieser Energie muss aber von den Eltern selber kommen. Unsere Erwartung ist, dass sie sich engagieren und motiviert mitarbeiten. Nur so kann die Synthese einer erfolgreichen Informationspolitik gelingen und nur so kann der Stein ins Rollen gebracht werden. Das heisst aber nicht, dass gewisse Massnahmen nicht sofort umzusetzen sind. Betreibt die Gemeinde den Aufwand für ein Konzept, erwarten wir eine deutliche Verbesserung im Vergleich zur bestehenden Situation und eine Aktivierung des erwähnten Sachverhalts.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Die Schulen haben in Bezug auf Integration eine absolut zentrale Rolle inne. Integration über Bildung ist vermutlich das beste Mittel, ein grosses ge-

sellschaftliches Problem anzugehen. Fast alle, die Kontakt mit dem Schulwesen haben, wissen wie schwierig die Sache oft sein kann. Gerade die fehlenden Sprachkenntnisse, das Unwissen über das Schulsystem und das Selbstverständnis unserer Schulen, sind immer wieder schwierige und hohe Barrieren. Insofern zeigt der Vorstoss auf ein wichtiges Anliegen. Wir sind aber der Meinung, dass der Vorstoss nicht dahingehend verstanden werden darf, dass Integration eine Bringschuld der öffentlichen Hand ist, die exklusiv durch die Schulen übernommen werden soll. Suboptimal ist in den Augen der FDP-Fraktion auch, wenn die Gemeinde Köniz hier mit einem aufwändigen eigenen Konzept das Rad neu erfinden soll und das für ein Problem, das letztlich nicht gemeindespezifisch ist.

Angesichts der Antwort des Gemeinderats und im Bewusstsein, dass es um ein sehr reales und wichtiges Problem geht, ist die FDP-Fraktion aber bereit, das Postulat erheblich zu erklären. Wir sind aber auch der Meinung, dass Konzeptionitis nicht das beste aller Rezepte ist. Insofern können wir den Ausführungen von Philipp Guéra folgen. Die Antwort des Gemeinderats zeigt auf, dass schon sehr viel vorliegt und dass zumindest der Gemeinderat – er betont dies ausdrücklich und das ist für uns zentral – besonderes Gewicht auf eigene Anstrengungen der Migranten gelegt werden muss. Zusätzlich regen wir hier an, dass die Kosten absolut minimal gehalten werden und vor allem auf die Vorarbeiten der Erziehungsdirektion, der Schulen, die bereits viel getan haben sowie von anderen Gemeinden, allen voran der Stadt Bern, zurückgegriffen werden kann.

**Christoph Salzmann (SP):** Ich reagiere auf das Votum der BDP-Fraktion: Das Wort Konzept bereitet grosse Mühe. In Bezug auf die Kreisel hat Bernhard Bichsel gesagt, dass für das Kreisel-Sponsoring ein Konzept im Umfang von einer halben Seite genügt. Der Begriff Konzept ist in meinen Augen etwas hohl und ist im Einzelfall zu definieren. Patrik Locher hat mit seinem Votum den Nagel auf den Kopf getroffen: Genau um die Aktivierungsenergie geht es. Etwas Vorhandenem einen Stoss geben. Lücken und Handlungsbedarf bestehen. Viele gute und wichtige Informationen sind auf der Internetseite der Erziehungsdirektion versteckt und nicht einfach zu finden. Im Sinn von Aktivierungsenergie kann ein Impuls durch die Zentrale Schulkommission ausgelöst werden. Erwähnt worden sind das Muki-Deutsch und die Famira mit Mutter-zu-Mutter-Deutsch. Zwei Bemerkungen dazu: Erstens betreffen solche Kurse eine kleine Minderheit und es besteht ein flächendeckender Informationsbedarf, mit dem jene abgeholt werden können, die nicht gefunden werden. Zweitens ist es gut, wenn die Mütter über das Bildungssystem informiert sind. In der Schweiz wie auch im Ausland bestehen Patriarchate und wenn es um die Wurst geht, spielt der Vater eine Rolle. Diese müssen in meinen Augen auch erreicht werden.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Eine formale Frage: Anlässlich einer Sitzung vor einigen Jahren wurde ein Antrag auf gleichzeitige Abschreibung eines Vorstosses gestellt. An der folgenden Parlamentssitzung wurde hitzig darüber debattiert, ob dies zulässig ist oder nicht. Ich verstehe Art. 62 des Geschäftsreglements des Parlaments dahingehend, dass das Parlament sehr wohl das Recht auf die Beantragung einer Abschreibung hat. Ich bitte um Antwort, damit hier kein Fehler passiert.

**Hermann Gysel (EVP):** Ich definiere den Begriff Konzept wie folgt: Eine behelfsmässig strukturierte Sammlung von Überlegungen mit dem Makel der Vorläufigkeit.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich bringe dem Postulat grosses Verständnis entgegen. Es geht um Personen und Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen die Wirkung eines Konzepts am besten greifen würde und am grössten wäre. Es wird bereits viel angeboten. Trotzdem halten unsere Schulleitungen fest, dass Migranteltern ungenügend über unser Schulsystem informiert sind. "Integration ist ein Geben und Nehmen und geht uns alle an." Nach diesem Zitat hat der Gemeinderat seine Antwort vorbereitet. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass Sprachkenntnisse der wichtigste Baustein für die Integration sind. Nur wer unsere Sprache spricht, versteht unser Recht oder unser Schulsystem. Die Zusammenarbeit der Fachstelle Integration mit den Schulen ist wichtig und funktioniert bereits heute. Wenn diese beiden Abteilungen – Schule und Fachstelle Integration – ab 1. Januar 2012 in derselben Abteilung zusammengefasst werden, wird die Zusammenarbeit noch besser funktionieren. Die Problematik bleibt aber trotzdem bestehen, denn Anlässe oder Informationsveranstaltungen werden zwar durchgeführt, die Teilnahme ist aber für die Eltern nicht verbindlich. Wir können keine Bussen für Nichtteilnahmen aussprechen. Nicht nur Personen mit Migrationshintergrund nehmen nicht an Elternabenden und Informationsanlässen teil, auch Schweizer Eltern "schwänzen".



Wir müssen einen Weg finden, wie diese Personen motiviert werden können, diese Anlässe trotzdem zu besuchen. Deshalb empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären.

Zum Antrag der BDP-Fraktion auf gleichzeitige Abschreibung: Diesen Antrag kann ich nicht ganz nachvollziehen. In diesem Bereich ist sensibel vorzugehen. Wir werden kein Konzept für die Schublade erstellen und dafür auch nicht 20 Seiten benötigen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Integration und der Schule stärken. Ich halte hier fest, dass die Gemeinde Köniz im Gegensatz zu anderen Gemeinden über ein Integrationsreglement verfügt und damit eine Vorreiterrolle einnimmt. Das Parlament war fast einstimmig für die Einführung des Integrationsreglements. Weshalb soll die Gemeinde Köniz nicht auch hier beispielhaft vorgehen und mit einem einfachen Konzept dem geforderten Anliegen entsprechen? Zu Liz Fischli: Wir leisten bereits heute vieles. Wir arbeiten eng mit der Schulsozialarbeit zusammen. Auch via Kulturvermittlung kann vieles erreicht werden. Ich erlebe tagtäglich aufgrund von Gefährdungsmeldungen, die von den Schulsozialarbeitenden oder sonst betroffenen Personen eingehen, dass Personen mit Migrationshintergrund den Weg nicht schaffen. Wollen wir dieses Negativum unterbrechen, müssen wir bei den Jüngsten und an den Schulen beginnen, denn damit schliessen wir die Eltern diese Kinder mit ein und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Es gibt Bereiche, wo Härte der richtige Weg ist, aber der Bereich hier ist sensibel und wichtig. Wenn wir hier eine gute Lösung finden, wird uns das auch günstiger zu stehen kommen. Das Konzept wird nicht von Externen erarbeitet, sondern von der Fachstelle Integration in Zusammenarbeit mit den Schulen.

**Philippe Guéra (BDP):** Gemeinderat Ueli Studer hat mich nicht richtig verstanden und deshalb noch kurz: Der BDP-Fraktion geht es hier nicht um Härte oder keine Härte, sondern wir halten fest, dass die Grundlagen für das Tätigwerden in diesem Bereich nicht in Form eines Postulats nötig sind. Die Grundlagen bestehen bereits in Form des Integrationskonzepts und allen anderen Vorgaben. Dass hier Aktivierungsenergie nötig sein soll, wirft bei mir Fragen auf, wenn in anderen Bereichen über Ressourcenknappheit geklagt wird.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Wir stimmen nun zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats ab und danach über die Abschreibung. Nach kurzen Beratungen sind wir zum Schluss gekommen, dass über den Antrag auf Abschreibung abgestimmt werden darf.

---

#### **Beschluss**

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **Beschluss**

Der Antrag der BDP-Fraktion auf Abschreibung wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 23 gegen Abschreibung, 12 dafür)

---

### **10. 01104 Motion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen und Direktion Umwelt und Betriebe

**Martin Graber (SP):** Das ganze Gemeindegebiet von Köniz liegt innerhalb der 20-Kilometer-Zone rund um das AKW Mühleberg, die zur so genannten Zone 2 zählt. Nicht nur die Gemeinde Köniz liegt in dieser Zone, sondern auch Bern, Biel, Murten, La Neuveville, Schwarzenburg, Belp usw. In Fukushima spricht man nicht von der 20-Kilometer-Zone, sondern von der Todeszone. Wohin könnten oder dürften wir bei einem allfälligen Unfall in Mühleberg evakuieren? In einer schwierigen Situation sagt man sich normalerweise, dass es gut ist, nicht allein zu sein. Im Fall eines Atom-Gaus würde das aber ein Problem bedeuten. Das AKW Mühleberg ist sicher, versichern uns die BKW seit Jahren gebetsmühlenartig. Tröpfchenweise gelangen aber immer mehr alarmierende Tatsachen ans Licht: Riss im Kernmantel, fragwürdige Erdbbensicherheit, insbesondere betreffend dem Mühleberg-Staudamm, offene Fragen betreffend dem Lagerbecken für abgebrannte Brennstäbe, für den Notstrom, für die Kühlwasserzufuhr. Seit einigen Wochen ist zusätzlich bekannt, dass die Hochwassersicherheit von Mühleberg ungenügend abgeklärt ist. Gemäss Christian Pfister, dem bekannten Berner Umwelthistoriker, sind wichtige Studien zu Extremhochwasser nicht in die Berechnungen einbezogen worden. Sogar

ein Hochwasser wie es anno 1480 vorgekommen ist, wurde nicht einberechnet. Die BKW haben das AKW nun für sechs Wochen abgeschaltet und das sechs Wochen früher als geplant. Die Kühlwassernotzufuhr ist verbessert worden. Die BKW haben sechs Wochen zusätzlich auf Einkünfte aus dem Stromverkauf verzichtet. Das kann doch nur der Fall sein, wenn ein wirklich grosses Problem vorhanden ist. Dass die Kühlwassernotzufuhr verbessert worden ist, heisst nichts anderes als dass den BKW klar geworden ist, dass das AKW Mühleberg mindestens bis heute nicht sicher betrieben worden ist.

Einige stören sich am Begriff "sofort" im Motionstitel. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24'000 Jahren und dann ist das Problem erst zur Hälfte, d. h. noch längst nicht gelöst. Diese Halbwertszeit ist für uns unvorstellbar. Vor 24'000 Jahren lagen wir beispielsweise unter einer unglaublich dicken Eisschicht. Die möglichen Folgen eines Unfalls in Mühleberg sind so gross, dass wir uns dieses Risiko schlicht nicht leisten können und dürfen. Die dauerhafte Abschaltung von Mühleberg ist nichts anderes als ein Vernunftsakt. Dazu ist aber Druck von möglichst vielen Seiten notwendig. Genau so wie es den Druck der betroffenen Bevölkerung und der lokalen Behörden brauchte, dass die AKW in Kaiseraugst oder in Graben nicht realisiert worden sind. Wäre dieser Druck nicht gewesen, hätten wir heute in der Schweiz ein viel grösseres AKW-Problem

Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen, damit der Druck auf die BKW verstärkt werden kann. Das soll nicht als Massnahme gegen die BKW verstanden werden, sondern als eine für uns als Bevölkerung, die in der so genannten Risikozone 2 lebt.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Der FDP-Fraktion ist nicht entgangen, dass die SP Köniz Nationalratskandidatinnen und –kandidaten für die Wahlen im Oktober 2011 stellt. Wir hätten es aber sehr begrüsst, wenn die Bearbeitung von nationalen Geschäften bis nach den Wahlen verschoben worden wäre. Der FDP-Fraktion ist klar, dass Vorstösse stufengerecht zu erfolgen haben und die Verwaltung nicht mit politischen Spielchen zu belasten ist. Scheinbar ist es aber wichtig, dass man sich im Wettbewerb gegen die Grünen positionieren kann.

Unserer Fraktion stellte sich die Frage, wie mit diesem Vorstoss umzugehen ist. Wir sind zum Schluss gelangt, dass wir uns nicht an einer inhaltlichen Diskussion beteiligen wollen, um damit dem Vorstoss nicht noch zusätzliches Gewicht zu geben. Wir lehnen die Motion ab. Das beste wäre, wenn der Vorstoss entsprechend zurückgezogen wird, weil die SP mit der amtierenden kantonalen Energiedirektorin, die seit Jahren im Amt ist sowie auch im Verwaltungsrat der BKW Einsitz hat, die besten Kontakte dafür hat, dieses Anliegen still einzubringen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen ist gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Mühleberg und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Ursprünglich vertrat ich die Meinung, dass das AKW Mühleberg durch das ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheits-Inspektorat) begutachtet ist, weil die Sicherheit dieser Anlage von aussen kaum beurteilt werden kann. Seit Fukushima hat meine Meinung dazu aber geändert. Es gibt viele kritische Gründe, die für eine Stilllegung sprechen. Sie sind von Martin Graber bereits genannt worden. In Deutschland und in Japan führte die Art von Kernmantel wie sie Mühleberg hat, zur Abstellung von AKW oder zum Ersatz des jeweiligen Kernmantels. Auch ökonomische Gründe sprechen für eine Stilllegung, da die Sanierung eines 40-jährigen AKW viel zu teuer ist. Allerdings ist das AKW Mühleberg die "Cashcow" für die BKW und wie zu befürchten war, war das ENSI wieder einmal zu wenig konsequent und bewilligte die Wiederinbetriebnahme.

Genau aus diesem Grund ist politischer Druck aus der Region wichtig. Die Schäden eines Unfalls wären riesig und kaum vorstellbar. Die Gemeinde Köniz müsste dauerhaft evakuiert werden. Eine Stilllegung ist zudem für die Schweiz gut verkraftbar, weil es sich bei Mühleberg um das kleinste AKW handelt. Somit wären keine Stromimporte nötig. Der einzige Nachteil wären fehlende Einnahmen für den Kanton Bern. Mit der Stilllegung würden aber auch einige Vorteile gewonnen: Eines der grössten Sicherheitsrisiken für die Gemeinde Köniz wird kleiner. Der Druck für den Umstieg auf erneuerbare Energien und auf das Sparen, wie auch für den Umstieg auf die Gewinnung von nachhaltiger Energie wird deutlich erhöht.

Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Daniel Krebs (SVP):** Auch die SVP-Fraktion ist für die Stilllegung des AKW Mühleberg. Fukushima zeigt auf, dass die Atomenergie nicht ganz sicher ist und wir diese Technik nicht im Griff haben. Allerdings fragen wir uns, ob der Vorstoss ins Parlament gehört. Handelt es sich um politische Polemik oder will man mit dem Vorstoss das Parlament dazu zwingen, einen Entscheid zu fassen, der schlussendlich nichts bringt? Die Motion ist nicht erfüllbar, auch wenn sie in eine Richtlinie umgewandelt wird. Der Gemeinderat äusserte sich dahingehend, dass er sich für eine rasche Stilllegung des AKW Mühleberg einsetzen wird. Das

Anliegen ist in der Kompetenz des Gemeinderats. Wenn wir die Motion erheblich erklären, kann aber der Gemeinderat alleine sie nicht fristgerecht erfüllen. Weil sie nicht erfüllbar ist, wären eine Verlängerung der Erfüllungsfrist und schliesslich eine Abschreibung die Folge. Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion die Motion grossmehrheitlich ablehnen.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Dass sich der Gemeinderat und die SP-Fraktion Sorgen um die Gesundheit von uns Könizerinnen und Könizer machen, ist schön. Ich als Wangentaler bin in Bezug auf Mühleberg besonders exponiert. Fraglich ist aber für die BDP-Fraktion, ob das Engagement des Gemeinderats etwas bewirken kann. Wir sind uns soweit einig, dass der Atomausstieg mittelfristig umzusetzen ist. Wie der Bundesrat bereits beschlossen hat, sollen in der Schweiz keine neuen AKW mehr realisiert werden. Die Haltung der BDP zum Ausstieg aus der Atomenergie ist klar: Wir sind für einen Ausstieg und dies ohne Hintertür für AKW mit so genannt neuerer Technologie. Wenn spätere Generationen einmal auf diesen Entscheid zurückkommen wollen, haben sie Möglichkeiten dazu. Es ist aber falsch, aufgrund von Fukushima heute Panik zu machen und Mühleberg sofort abstellen zu müssen. Ob Mühleberg bis zur definitiven Abschaltung in einigen Jahren sicher betrieben werden kann oder nicht, wird durch die zuständigen Bundesstellen überprüft. Die BKW haben zudem reagiert, das Werk vom Netz genommen und führen zurzeit Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit durch. Aus unserer Sicht ist es nicht die Aufgabe des Gemeinderats Köniz, hier in Aktionismus zu verfallen, um die Prozesse zu beeinflussen.

Die BDP-Fraktion wird die Motion einstimmig ablehnen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Ich halte fest, dass Martin Graber nicht Nationalratskandidat für die SP Köniz ist. Den Kampf für den Einsatz von erneuerbarer Energie und gegen Atomenergie betreibt die SP seit mehr als 10 Jahren. Wir arbeiten in allen Kanälen daran, dass das AKW Mühleberg nun stillgelegt wird. Kürzlich führte ich ein Gespräch zur Thematik erneuerbare Energie und BKW. Die BKW sind seit Jahren als sehr atomfreundliche Unternehmung bekannt. Der grosse Tanker BKW bewegt sich nun aber offenbar, denn es ist nun vorgesehen, die KEV vorzufinanzieren. Die jahrelange Arbeit trägt somit endlich Früchte. Wichtig ist aber, jetzt dranzubleiben und kein politisch falsches Signal zu setzen. Die SVP erstaunt mich in positivem Sinn, weil sie sich für die Stilllegung des AKW Mühleberg ausspricht. Erstaunt bin aber gleichzeitig über den Rückwärtssalto mit der Aussage, die Motion sei nicht umsetzbar. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, weil der Gemeinderat mit dem Vorstoss aufgefordert wird, sich bei den zuständigen Stellen für die sofortige Stilllegung einzusetzen. Das Parlament kann hier ein Signal setzen. Der Gemeinderat hat den Auftrag – sofern wir die Motion erheblich erklären – sich in diese Richtung einzusetzen. Die Ablehnung der Motion ist auch ein Signal. Mit der Zustimmung zur Motion können wir Wirkung erzielen, indem sich verschiedene Gemeinden politisch dazu äussern, wie z. B. Zollikofen oder Ostermundigen. Zurzeit laufen verschiedene Vorstösse in diversen Parlamenten, welchen allen das Thema Sicherheit oder gar die Abschaltung des AKW Mühleberg zugrunde liegt. Äussert sich die ganze Region Bern für einen Stopp des AKW, wird damit eine politische Wirksamkeit par excellence ausgelöst.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Weder der Gemeinderat noch das Parlament von Köniz sind zuständig für eine Abschaltung des AKW Mühleberg, das ist klar. Die Aufforderung "sofort abschalten", ist radikal, aber nicht realistisch. Mit dieser Aussage hat die CVP/EVP/GLP-Fraktion Mühe. Trotzdem, das Parlament von Köniz sendet heute ein Signal aus und die anwesende Presse wird das Thema mit Sicherheit aufnehmen. Die Haltung des Gemeinderats ist bereits veröffentlicht worden. Genau diese Antwort überzeugt einige Fraktionsmitglieder, den Vorstoss erheblich zu erklären. Andere werden sich der Stimme enthalten. Der Gemeinderat zeigt auf, wie er den Auftrag des Parlaments in Form einer Richtlinie wahrnehmen würde und auch weshalb. Der Begriff "sofort" wird vom Gemeinderat anders formuliert: "Rascher, aber geordneter Ausstieg aus der Kernenergie und eine rasche Schliessung der Anlage Mühleberg." Aus Unfällen und Katastrophen sollen Lehren gezogen werden. Fukushima hat uns auf tragische Art und Weise gezeigt was passieren kann, wenn die Kühlung einer AKW-Anlage nicht mehr sichergestellt werden kann. Das ENSI hat darauf hin gehandelt und zeigt für Mühleberg erhebliche Mängel auf, die sich zu anderen bereits vorher bekannten Risiken summieren. Das ist keine Panikmache, sondern es handelt sich um Tatsachen. Akzeptieren wir die Nachrüstungsfristen von mehreren Jahren? Ist es sinnvoll, weitere enorme Summen in die Nachrüstung zu investieren? Der Rückbau, der Anlage in Mühleberg – der so oder so kommen wird – wird Milliarden verschlingen, entsprechende Rückstellungen sind aber nicht wirklich getätigt worden. Das ENSI, die BKW und die Bevölkerung von Köniz sollen zur Kenntnis nehmen, dass wir sehr genau hinschauen und Mühleberg bald abschalten wollen.

Der Vorstoss ist in unseren Augen etwas unglücklich formuliert. Noch unglücklicher wäre aber ein Signal des Parlaments in die Richtung, dass einfach weitergemacht werden soll wie bis anhin und dies das Parlament von Köniz nichts angeht.

Zum Rückwärtssalto der SVP-Fraktion: Das schönste daran ist für mich, dass die SVP-Fraktion einmal keine geschlossene Meinung hat.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Zu Bernhard Bichsel: Der Vorstoss wurde am 21. März 2011 eingereicht. Damals waren die National- und Ständeratswahlen noch weit weg. Anlass für den Vorstoss waren sicher die Ereignisse in Fukushima.

Anlässlich der Beratung über den Verwaltungsbericht fragte ich nach dem Zustand unserer Zivilschutzanlagen. Die Antwort war nicht befriedigend, denn sie sind nicht für einen Ernstfall eingerichtet.

Ich finde, dass wir hier ein Signal setzen müssen und nicht politisch denken sollen. Wir haben den Auftrag, unsere Bevölkerung zu schützen und hier einen Entscheid zu fällen. Der Gemeinderat will den Vorstoss erheblich erklären lassen und das ist in meinen Augen sehr gut.

**Martin Graber (SP):** Apropos Polemik oder stufengerecht: Die AKW Kaiseraugst und Graben wären heute realisiert, wenn sich keine nicht stufengerechten Personen gegen deren Realisierung eingesetzt hätten. Unser Problem wäre damit erheblich grösser. Zur SVP-Fraktion: Ich verlange nicht, dass der Gemeinderat selber innerhalb von zwei Jahren Mühleberg abschalten soll, sondern dass er sich für die Abschaltung einsetzen soll. Spielt man Zahlenlotto, macht man dies, obwohl das Risiko zu verlieren sehr gross ist. Beim russischen Roulette ist das Risiko zu sterben klein aber tödlich und deshalb gehen vernünftige Menschen dieses nicht ein. So ist es auch mit der AKW-Technologie: Wahrscheinlich geschieht nichts, wenn aber, sind die Folgen verheerend. So schlimm, dass wir uns dieses Risiko – analog dem russischen Roulette – gar nicht leisten dürfen. Deshalb bitte ich Sie, die Motion erheblich zu erklären. Zum Risikomanagement von grossen Firmen: In der letzten Woche wurde klar, dass Risiken unter Umständen 2 Milliarden Franken kosten können. Obwohl die Eidgenossenschaft bereits 2008 dieselbe Firma retten musste, hat man nichts daraus gelernt. Genau diesem Fehler unterliegt man, wenn man sich versichert, dass nun nach den Vorfällen in Fukushima alles besser wird. Leider ist dem nicht so und leider kann es nicht so sein. Es bleibt immer ein letztes Risiko, das so gross ist, dass man es nicht eingehen darf.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Dieser Debatte zuzuhören, ist interessant. Die FDP-Fraktion macht Fukushima den Vorwurf, ausgerechnet ein halbes Jahr vor den National- und Ständeratswahlen passiert zu sein und verzichtet auf eine sachliche Argumentation. Die SVP- und die BDP-Fraktionen argumentieren beide sehr ähnlich: Aus formalen Gründen sei die falsche Ebene beauftragt worden. Beide haben aber festgehalten, dass sie gegen AKW sind. Wenn man jedoch gegen etwas ist und etwas erreichen will, versucht man dies auf allen Stufen. Morgen wird Bundesrätin Evelina Widmer-Schlumpf nach Köniz kommen. Uns ist allen klar, dass sie eine Schlüsselfigur ist, die den Entscheid für einen längerfristigen Ausstieg auf nationaler Ebene gefasst hat. Auf kantonaler Ebene muss man sich ebenfalls einsetzen und hier wird die SP mit Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer dafür besorgt sein. Wir haben hier nun die Chance, uns auf Gemeindeebene für einen allfälligen Ausstieg einzusetzen.

Ein wichtiges Anliegen der Grünen Köniz, aber auch von anderen, betrifft das Kulturland. In der Ortsplanungsrevision setzen wir uns für jede Hektare Kulturland ein. Wir sind gemäss dem Gemeinderat in dieser Beziehung erfolgreich. Die Szenarien in Bezug auf das Bevölkerungswachstum und den Wohnungsraum sind nach unten korrigiert worden. Für den Erhalt von möglichst viel Kulturland setzen wir uns ein. Wenn in Mühleberg nun dasselbe passieren sollte wie in Fukushima, befinden sich auf einen Schlag 1'250 Quadratkilometer in der Todeszone. Wollen wir dieses Risiko eingehen?

**Hermann Gysel (EVP):** Zu Martin Graber, der mich mit seinen Risikobetrachtungen dazu gebracht hat, mich hier zu äussern: Auf der einen Seite besteht ein mathematisches Risiko – das Produkt aus Wahrscheinlichkeit und Schaden –, das beim russischen Roulette etwas anders ist als bei einem AKW. Auf der anderen Seite gibt es einen psychologischen Aspekt: Die Bevölkerung wird je länger je stärker risikoavers. Wir sind nicht bereit, irgendetwas zu tun, bei dem wir einen Schaden für uns sehen. Gehen wir dem nach und fragen nach dem Schaden bei der grauen Energie, die in das AKW gesteckt worden ist und mit einer allfälligen Stilllegung gänzlich abgeschrieben würde, sähe die Sache etwas anders aus. Nun reiten wir aber auf der psychologischen Welle der Risikoaversität der Bevölkerung und versuchen, eine Stilllegung so durchzubringen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Als Gemeindepräsident bin ich zuständig für das Gemeindeführungsorgan in besonderen Lagen (GFO) und äussere mich dazu. In einem zweiten Teil wird sich Gemeinderätin Rita Haudenschild äussern, die den Antrag mitunterzeichnet hat. Ich erläutere die Position des Gemeinderats: Fukushima hat uns aufgezeigt, dass eine Atom-Gau auch in einem hoch industrialisierten Land wie Japan geschehen kann und dass wir Menschen die Technologie letztendlich nicht restlos beherrschen. Die Eintretenswahrscheinlichkeit eines gleichen Gaus in Mühleberg ist klein, kann aber jederzeit passieren. Die Frage stellt sich nun, ob wir dieses Risiko eingehen wollen oder nicht. Der Gemeinderat teilt die Einschätzung von Bundesrat, Nationalrat und Regierungsrat, dass der Atomausstieg technisch machbar ist und unserem Land wirtschaftliche Chancen bringt. Der Gemeinderat ist dezidiert der Auffassung, dass es nun politisch starke und eindeutige Signale braucht, damit sich die Schweiz in diese Richtung bewegt. Der Regierungsrat unterstützt den Entscheid des Bundesrats, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll. Der Bundesrat will geordnet und schrittweise aussteigen und der erste Schritt dieser geordneten Schrittweise besteht in der sofortigen Stilllegung von Mühleberg, d. h. die Nichtwiederaufnahme des Betriebs, der kürzlich eingestellt worden ist. Deshalb erklären wir uns mit der Motion, welche die sofortige Stilllegung verlangt, absolut einverstanden. Wenn Mühleberg nicht mehr am Netz ist, brechen die Strom- und Wirtschaftswelt nicht zusammen, das erleben wir seit Wochen. Offenbar ist zurzeit sogar zu viel Strom auf dem Markt und die Profite der BKW sind eher klein. Mühleberg kann sehr wohl sofort stillgelegt werden. Die rasche Stilllegung von Mühleberg nützt uns unmittelbar und direkt, weil damit die latente Gefahr eines Super-Gaus gebannt ist. Die Risiken sind erheblich. Im Umkreis von 20 bis 30 Kilometern würden Total-evakuationen für Jahrzehnte notwendig sein. Als Vorsitzender des GFO ist mir bekannt, dass keine Evakuationskonzepte bestehen und dass in Antworten zu entsprechenden Vorstössen, die im Grossrat behandelt worden sind, festgehalten ist: "Für den Vollzug sind die Gemeinden weitgehend auf sich gestellt." Ich wüsste schlicht nicht, wie die Bevölkerung der Gemeinde Köniz auf Jahrzehnte hinaus evakuiert werden soll. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, die Motion erheblich zu erklären. Damit wird ein starkes politisches Signal gesandt und ich hoffe, dass die Minderheit der SVP-Fraktion, die die Motion nicht ablehnt, hier mithilft. Das Votum von Daniel Krebs war sehr spitzfindig. Der Gemeinderat will politisch signalisieren, dass Mühleberg nicht mehr ans Netz zu nehmen ist und wenn wir das mit der Unterstützung der Legislative tun können, wird diesem Signal entsprechend mehr Gewicht verliehen. Darum geht es.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich begründe den Antrag des Gemeinderats aus eher energiepolitischer Sicht. Der Gemeinderat hat sich der Nachhaltigkeit verpflichtet und Atomenergie ist nicht "grosskindertauglich", d. h. nicht nachhaltig, vor allem in Bezug auf die anfallenden Abfälle. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie zwingend mit Massnahmen im Bereich Stromsparen, aber auch mit einem grossen Ausbau im Bereich erneuerbarer Energien, verbunden werden muss. Wir beginnen damit aber nicht erst heute. Vor zwei Jahren ist die Energiestrategie des Gemeinderats verabschiedet worden, die klar aufzeigt, bis wann wie viel erreicht und wie Stromeffizienz erreicht werden soll. Seit 11 Jahren ist die Gemeinde Köniz Energiestadt. Wir streben gemäss den Legislaturzielen das Energiestadtlabel Gold an. Seit 11 Jahren betreiben wir eine sehr gezielte Energiepolitik, die den drei Grundsätzen, Energie sparen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, klar nachleben. Ein Beispiel zu erneuerbarer Energie: Auf dem Dach der Turnhalle im OZK hat das Parlament die Realisierung einer Photovoltaikanlage bewilligt. Ein Beispiel zur Energieeffizienz: Im Minergierating des Kantons Bern hat die Gemeinde Köniz den ersten Preis in der Rubrik grössere Städte erhalten. Wir sind die beste Gemeinde mit mehr als 5'000 Einwohnern in Bezug auf Minergiefläche. Die Effizienz wird gelebt, auch von unserer Bevölkerung. Ein Beispiel zum Energie sparen: Wir rufen immer wieder dazu auf, in Duschen Sparbrausen oder –mäuse, usw. einzubauen. Wir arbeiten stark in diese Richtung. Die EU bereitet uns aber Ungemach. In der "Handelszeitung" vom 15. September 2011 steht geschrieben, dass der Druck auf die Schweiz als Stromhändler zunimmt. Die EU macht Druck, dass die Schweiz Zugeständnisse im Stromhandel macht und will folgenden Handel nicht mehr zulassen: Im EU-Stromhandel wird günstiger Nachtstrom, der z. B. in Windparks anfällt, zu extrem günstigen Preisen eingekauft und damit das Wasser in die Seen für Pumpspeicherwerke hinaufgepumpt. Am nächsten Tag kann das Wasser in die Pumpspeicherwerke gespiesen und damit teurer Strom verkauft werden. Mit diesem billig eingekauften Strom verdienen alle unsere Pumpspeicherkraftwerke viel Geld, vor allem die BKW. Will die Schweiz allenfalls nicht einwilligen, die EU-Energiegesetzgebung zu übernehmen, macht die EU noch mehr Druck. Wir müssen unseren Anteil an erneuerbaren Energien bis 2020 und nicht erst bis 2039 oder 2050, von 20 auf 35 Prozent erhöhen. Das

heisst, wir müssen rasch umstellen und vorwärtsmachen. Unsere Energieunternehmen sind dran, weil sie wissen, woher der Wind weht. Wir sollten hier "bei den Leuten bleiben". Je schneller wir mit dem Umstieg beginnen je besser werden wir bereit sein und haben dann noch Strom zur Verfügung. Deshalb: Der Gemeinderat will heute ein Signal geben, Mühleberg darf nicht mehr ans Netz. Gemeindepräsident Luc Mentha hat ausgeführt, dass AKW-Strom aus Mühleberg nicht mehr notwendig ist. Der Ausstieg der BKW aus der Atomenergie wird aber noch nicht erfolgen, auch wenn Mühleberg nicht mehr ans Netz geht. Die BKW haben Verträge mit z. B. Fessenheim (Fr) abgeschlossen, die bis ca. 2040 laufen. Weil vertragliche Verpflichtungen bestehen, wird der Ausstieg aus der Atomenergie in der Schweiz nur langsam vorangehen,.

Zu Hermann Gysel in Bezug auf die Abschreibung von Mühleberg: Das AKW Mühleberg ist 1972 ans Netz gegangen mit einer Betriebsbewilligung für 30 Jahre, d. h. bis 2002. Weil die Sicherheit nachgewiesen werden konnte, wurde eine Verlängerung des Betriebs für 10 Jahre bewilligt, d. h. bis 2012. Mühleberg ist längstens abgeschrieben und es müsste nichts mehr hineingesteckt werden.

Der Gemeinderat wäre sehr erfreut über ein Signal Ihrerseits in diese Richtung und Sie mit der Erheblicherklärung der Motion die Energiepolitik unterstützen, die wir seit Jahren verfolgen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich halte fest, dass hier nun dreiviertel Stunden lang nur eine Meinung diskutiert worden ist. Es wurde aber betont, dass mit der Diskussion um Mühleberg kein Wahlkampf betrieben werde. Die hier gehaltene Diskussion betrachte ich aber als reine Wahlkampfpolitik. Ich diskutiere gerne über Energiepolitik, aber nicht auf diese Weise.

**Martin Graber (SP):** Zu Bernhard Bichsel: Ich bin nicht Nationalratskandidat und wenn er festhält, dass er gerne über Energiepolitik diskutiert, wieso hat er hier das Wort nicht ergriffen? Wie Hansueli Pestalozzi festgehalten hat, kann niemandem die Schuld dafür gegeben werden, dass der grosse Gau in Fukushima genau vor einem halben Jahr passiert ist. Ich will nicht, dass an irgendeinem anderen Ort auf der Welt solches noch einmal passiert, denn davon sind immer Menschen betroffen. Wir müssen die Risiken minimieren.

---

## Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 17 für Erheblicherklärung, 9 dagegen, 9 Enthaltungen)

---

## 11. Verschiedenes

Folgender Vorstoss ist eingereicht worden:

1111 Motion (FDP. Die Liberalen Köniz) "Kantonsbeiträge für Könizer Regionalbibliotheken"

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich bedanke mich bei Stephe Staub für die Blumen, die ich als Dank für die Organisation der Feier 100 Jahre Wasserversorgung entgegennehmen durfte. Das Fest war ein grosser Erfolg. An der öffentlichen Feier am Samstag haben ca. 1'000 Personen teilgenommen. Die ungefähr 15'000 Franken, die wir dabei einnehmen durften, werden in der nächsten Zeit dem Hilfswerk "W3W" (Wasser für die Dritte Welt), überweisen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland führte ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zu den Änderungen und Ergänzungen des Teilrichtplans Abfall, Deponie, Transporte durch. Dieses liegt bei den betroffenen Gemeinden auf, auch in Köniz. Betroffen sind der Chessiboden als Ablageplatz für Aushub und die Erweiterung des Kiesabbaus der Firma Messerli im Wangenhübel in Oberwangen. Der Entwurf liegt vom 15. September bis 30. Oktober 2011 auf.

Im Mai 2011 wurde die Belagssanierung und der Wasserleitungsersatz an der Landorfstrasse im Parlament beraten. Ich beantworte hier zwei offen gebliebene Fragen aus dieser Beratung, die ich durch die "Schweizerische Fachstelle für Behinderung<sup>1</sup> und öffentlicher Verkehr" und die "Kantonale Fachstelle für Langsamverkehr" abklären liess. Die erste Frage betraf die Neigung der Strasse bei der Haltestelle Mösliweg. Die "Schweizerische Fachstelle für Behinderung und

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

öffentlicher Verkehr" prüfte die Sachlage vor Ort und kam zum Schluss, dass keine Gesetzesvorschriften oder Normen die Realisierung der Haltestelle am vorgesehenen Ort verhindern. Aus der Sicht der Fachstelle sind beide Varianten möglich. In Bezug auf die Veloführung an der Landorfstrasse: Die "Kantonale Fachstelle für Langsamverkehr" betrachtet die Führung des Veloverkehrs bergwärts auf dem Velostreifen als die sicherere und angenehmere Variante. Eine Führung auf dem Trottoir hätte grössere bauliche und markierungstechnische Massnahmen zur Folge. Andere Gründe sind: Das Trottoir ist zu wenig breit, entlang des Hanges befinden sich Ausfahrten und die Velos könnten nur auf einer kurzen Strecke auf dem Trottoir geführt werden. Auch die Rückführung der Velos auf die Strasse bildet einen Gefahrenherd. Diese Gründe haben die Fachstelle für Langsamverkehr dazu veranlasst, dem aufgelegten Projekt zuzustimmen.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich bitte die Kommission Tramprojekte, kurz für Terminabsprechen zusammenzukommen.

**Liz Fischli (Grüne):** Auf Ihren Pulten liegt eine Petition auf, zu welcher ich einige Erklärungen abgeben möchte: Für den Flughafen Bern-Belp ist ein neues Zielobjekt-Blatt auf der Website des BAZL (Bundesamt für Zivilluftfahrt) publiziert und es läuft ein öffentliches Mitwirkungsverfahren mit Frist für die Bevölkerung bis 30. September 2011, für die Gemeinden bis 21. Oktober 2011 und für den Kanton bis am 25. November 2011. Mit diesem neuen Objektblatt wird der Rahmen für die vierte Ausbaustufe des Flughafens Bern-Belp geschaffen. Einerseits für die Entflechtung des öffentlichen Linien- und Charterverkehrs vom privaten Flugverkehr. Andererseits für einen erheblichen Ausbau des privaten Flugverkehrs. Die Gemeinde Köniz ist vom Ausbau insofern berührt, weil Wabern am Rand einer Flugschneise für den Linien- und Charterverkehr liegt und direkt unter der Flugschneise für den privaten Flugverkehr. Ausserdem liegt die Grundwasserfassung Selhofen unmittelbar beim Flughafengelände. Die "Vereinigung gegen Fluglärm" beteiligt sich an der Mitwirkung. Sie hat die Ihnen nun vorliegende Petition lanciert, um der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten mehr Stimme zu geben und weil von der Bevölkerung nicht realisiert wird, dass ein Mitwirkungsverfahren läuft. Wer will, kann die Petition unterzeichnen und wer mehr Informationen wünscht, kann sich per E-Mail oder Telefon bei mir melden.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Der Jahresbericht 2010 der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist im Internet unter [www.bernmittelland.ch](http://www.bernmittelland.ch) unter der Rubrik "Kommunikation" zu finden. Wir haben eine Einladung zur Tagung "Agglomerationspolitik" mit dem Thema "Gebaute Identitäten" vom 4. November 2011 von 9.00 bis 17.00 Uhr erhalten. Wer Interesse hat, kann die Unterlagen hier bei mir holen. Anmeldungen können beim Parlamentssekretariat bis am 17. Oktober 2011 vorgenommen werden.

Zu Stephanie Staub: Ich danke herzlich für die Blumen, die mir für die Organisation des Parlamentsausflugs übergeben worden sind. Ich danke allen Teilnehmenden des in meinen Augen gelungenen Ausflugs, er bereitete mir grosse Freude.

Ich wünsche Ihnen nun noch einen schönen Herbst. Die nächste Parlamentssitzung findet am 14. November 2011 statt.

Im Namen des Parlaments

Ursula Wyss  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament